

## Von falschen Analogien und verfehlten Vorbereitungen auf Kämpfe der Vergangenheit

### Interview mit Alexander Charlamenko (Moskau)

*Über 30 Jahre hinweg befragte Gudrun Havemann den Welthistoriker Alexander Charlamenko mehrfach zu den jeweiligen Verschiebungen von Kräfteverhältnissen in der „neuen Weltordnung“, deren Entwicklungstendenzen er seit 1992 in zahlreichen Veröffentlichungen analysierte und zur Diskussion stellte.<sup>1</sup> Am 8. und 9. Mai 2025 äußerte er in einem ausführlichen Gespräch in Moskau seine von gängigen Narrativen abweichende Position.*

*G.H.: Unter europäischen Linken und einem Teil der Linkliberalen, zumindest bei denen, die heute nicht nur die Opfer- sondern auch die Stellvertreter-Rolle der Ukraine erkennen können, scheint die Sicht vorzuherrschen, dass es sich beim völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine um einen zwischenimperialistischen Krieg handelt. Die Vorstellung von „Putins Imperialismus“ scheint vielen plausibel.*

A. C.: Ja, für viele drängt sich offensichtlich eine Analogie zu imperialistischen Kriegen der Vergangenheit auf, als würden wir es erneut mit dem Jahr 1914 zu tun haben, als würde es sich bei der Rivalität zwischen den USA und Russland oder zwischen den USA und China unverändert um einen bloßen Kampf zwischen imperialistischen Großmächten um Territorien, Kapitalexpert, Zugriff auf Rohstoffressourcen, Einflussphären in der Welt handeln. Ebenso kursiert die (inzwischen auch von der Trump-Administration geteilte) Auffassung, dass die VR China die USA als eines der wichtigsten Zentren der kapitalistischen Welt "einholt und überholt" und Washington die Rolle als Superzentrum der Welt abzugeben droht.

Nun wusste schon der große Heraklit von Ephesos, dass niemand zweimal in denselben Fluss zu steigen vermag. Die Struktur des Imperialismus als Weltsystem hat sich im Verlaufe des vergangenen Dreivierteljahrhunderts tiefgreifend verwandelt. Im Ergebnis kapitalistischer Vergesellschaftung von Produktion und Kapital auf globalem Niveau wurden **Transnationale**

---

<sup>1</sup> Vgl. u.a. den gleichnamigen Artikel und weitere Interviews zum Thema unter <https://charlamenko-weltgeschichte.de/>. Bereits 1992 verwies er gemeinsam mit Jelena Charlamenko (1951-2009) im Rahmen der Unterscheidung zwischen prowestlich-„demokratischen“ und „nationalpatriotischen“ politischen Fraktionen der postsowjetischen Machthaber auf die katastrophale Rolle, die liberale Ideen von Dezentralisierung und nationaler Souveränität für historisch gewachsene Vielvölkerstaaten spielten. Beide warnten frühzeitig vor der Gefahr von Bürgerkriegen nach jugoslawischem Szenario bei Einmischung oder Intervention ausländischer Mächte zwecks imperialistischer Unterwerfung, mit realen Eskalationschancen zu einem Weltkrieg. 2001, 2012 bzw. 2014 verdeutlichte der Autor verschiedene Stationen der zunehmenden reaktionären Unwucht des internationalen Kräfteverhältnisses infolge der Herausbildung einer globalen Allianz transnationaler Konzerne und ihrer finanzkapitalistischen und politischen Organisationsstrukturen (mit den USA als Residenz und der NATO als militärisches Bollwerk). In deren Hegemonie würden sich heute Länder staatskapitalistischen Zuschnitts, die noch staatssozialistische Relikte wie Russland und China und / oder antiimperialistische Kampferfahrungen in sich tragen wie andere BRICS-Staaten, schwerlich einfügen. Der Autor verfolgte über viele Jahre auch die Ereignisse in der Ukraine, die er als langfristig ausgebautes Sprungbrett für eine bevorstehende antirussische Aggression betrachtete. Er warnte vor der Ausbreitung einer drohenden faschistischen Diktatur auf die Ostukraine und die Krim. 2016 kritisierte er „Wladimirisierung“ und Rechtsruck in Russland infolge wachsenden Einflusses rechtsnationaler und konservativ-monarchistischer Kreise in Putins Umfeld und schätzte ein, dass die Forderung derartiger Kreise nach Anschluss der beiden „abtrünnigen“ Donbass-Republiken an die Russische Föderation unrealistische Wünsche seien, die das Potential hätten, einen Weltkrieg heraufzubeschwören.

**Konzerne** (TNK) zu seiner **Triebkraft**. Diese Tendenz erfasste bereits Lenin, als er die Bildung „internationaler monopolistischer Kapitalistenverbände“ als viertes Merkmal des Imperialismus hervorhob.<sup>2</sup> Damals war die Aufteilung der Welt zwischen solchen Monopolverbänden aber gerade erst im Ansatz zu erkennen, während sie heute vorherrscht und sich die territoriale Neuauftellung der Welt untergeordnet hat. Die Revolution in den Computer- und Kommunikationstechnologien schuf das technologische Fundament für die Herrschaft der TNK und potentiell für die Herausbildung eines einheitlichen, überstaatlich und finanzoligarchisch gemanagten Monopolkapitalismus von planetarem Ausmaß. Der heutige Imperialismus hat sich also aus einer Vielzahl gegeneinander kämpfender Einzelmächte und unter dem Einfluss der weltweiten Konfrontation zwischen Kapitalismus und Sozialismus im 20. Jahrhundert längst in ein **weltumspannendes hierarchisches System** verwandelt. In diesem System agieren **die USA** nicht einfach als Einzelstaat oder Supermacht, sondern **als Residenz, „Hauptquartier“ und, im Verbund mit der NATO, militärische Stoßtruppe des global herrschenden transnationalen Kapitals** mit all seinen Fraktionen. Das gesamte Potential dieses „Hauptquartiers“ und die Dimensionen seines Zugriffs auf die Welt lässt sich in Wirtschaftsparametern der USA überhaupt nicht adäquat messen und erfassen.

Natürlich gibt es auch heute zwischenimperialistische Widersprüche. Die Widersprüche zwischen dem Imperialismus als globalem hierarchischen System, das die Welt in Metropolzentren und abhängige Peripherie spaltete, einerseits, und den staatskapitalistischen Strukturen Chinas oder Russlands andererseits, sind aber von ganz anderem Charakter und gehen viel tiefer: Es sind *verwandelte Formen* der antagonistischen Widersprüche der **gesamten** kapitalistischen Gesellschaftsformation **und** der Welt des 20. Und 21. Jahrhunderts.

Die VR China und die Russische Föderation sowie die meisten anderen BRICS-Länder erlangten ihren heutigen Entwicklungsstand, indem sie sich auf zwei grundlegende Faktoren stützen konnten: Erstens, auf die **Ergebnisse der antiimperialistischen Weltrevolution** des 20. Jahrhunderts in ihren frühsozialistischen und antikolonialen Ausprägungen, zweitens aber, auf ihre **Integration in das System der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung**, in dem das transnationale Kapital mit den USA als seiner Superresidenz vorherrscht. Außerhalb dieser Integration könnte der Kapitalismus als solcher in der Russischen Föderation und in China gar nicht existieren. Doch **zugleich** kann er diese Integration zu akzeptablen Bedingungen nur verwirklichen, wenn er sich weiterhin auf Faktoren objektiv antiimperialistischen Charakters stützt.

*G.H. Welche Faktoren sind damit gemeint?*

A.C.: Damit meine ich, erstens, bedeutende Elemente (in der VR China) bzw. Überreste (in der RF) des Frühsozialismus und des antiimperialistischen Staatskapitalismus in Wirtschaft und Gesellschaft dieser Länder selbst, und zweitens, die strategisch wichtigen Partner und Verbündeten in der Welt, die noch das politische Erbe des Sozialismus (DVRK, Vietnam, Laos, Kuba, Venezuela) oder des Antikolonialismus bewahren, wie die meisten der in der Vergangenheit als "Dritte Welt" bezeichneten Länder, zu denen sich die VR China weiterhin zählt und denen sie wirtschaftliche Präferenzen einräumt.

Aus meiner Sicht ist es daher höchst unwahrscheinlich, dass die VR China den Platz der USA in einem hegemonialen imperialistischen Weltsystems einnehmen könnte.

Ein Konflikt zwischen den beiden kann aus meiner Sicht nur zu einem von zwei möglichen

---

<sup>2</sup> Lenin, W.I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin Werke, Bd.22, S. 271

Ausgängen führen: Entweder gelingt es dem imperialistischen Block und der globalen Finanzoligarchie, sich die VR China zu unterwerfen, und zwar in einer beschränkten Rolle als "Werkstatt der Welt". Oder aber eine (wirtschaftliche oder militärische) Konfrontation zwischen den USA und der VR China führt zu einer Destabilisierung des gesamten imperialistischen Weltsystems, mit schwer vorhersehbaren direkten Folgen.

**In beiden Fällen aber wird die Menschheit ihre Geschichte überhaupt nur dann fortsetzen und einen „allgemeinen Untergang aller kämpfenden Klassen“ verhindern können, wenn sie sich zu einer sozialistischen Perspektive durchringt.**

*G.H.: Du unterscheidest davon Russlands Rolle?*

A.C.: Das wirtschaftliche und demografische Potenzial der Russischen Föderation ist sowohl dem damaligen Potential der UdSSR unterlegen, die ja Anfang der 1990-er Jahre unter aktiver Beteiligung der RF zerstört wurde, als auch den Vereinigten Staaten (mitsamt ihren NATO-Verbündeten) sowie der sich dynamischer entwickelnden Volksrepublik China.

**Die tatsächlichen Möglichkeiten der Russischen Föderation werden in entscheidendem Maße durch ihre Beziehungen zu diesen beiden Mächten, durch ihre Rolle im System der Widersprüche zwischen ihnen bestimmt.**

Die Russische Föderation, die einen historisch unikalen Fall von Neokapitalismus im Anschluss an einen 70-jährigen sozialistischen Entwicklungspfad darstellt, kann sich aus innenpolitischen wie internationalen Gründen weder konsequent und stabil auf einer Position des transnationalen Imperialismus, noch auf einer Position des „antiimperialistischen Staatskapitalismus“ halten. Sowohl in Bezug auf die innere Entwicklung der RF, als auch in internationalen Angelegenheiten bleibt den herrschenden Kreisen Russlands nur übrig, so weit wie möglich eine Balance zwischen diesen beiden Positionen aufrechtzuerhalten, denn jede Verletzung dieser Balance droht mit katastrophalen Folgen.

Dabei erbt die Russische Föderation von der UdSSR bedeutende "Aktiva", die es ihr ermöglichen würden, viel mehr zur Resultante der weltweiten Entwicklung beizutragen, als ihren Anteil an der Weltbevölkerung und an der Weltwirtschaft. Das betrifft erstens das militärtechnische Potenzial, das in Analogie zur Verteidigungsparität zur Sowjet-Ära wahrgenommen wird: Diese Wahrnehmung allein stellt immer noch eine "materielle Gewalt" in der Welt dar (auch wenn fraglich ist, ob sie noch angemessen ist, da die Reproduktion dieses Potenzials sich unter dem derzeitigen sozialökonomischen System als schwierig erweist). Zweitens handelt es sich um das Erbe gegenseitigen Vorteils und Vertrauens in den Beziehungen zum größten Teil der Welt, der die Folgen des Kolonialismus mit Unterstützung der UdSSR überwunden hatte. Drittens sind friedliche Beziehungen und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation auch für China von strategischer Bedeutung und stellen einen Schlüsselfaktor schon für die Sicherheit seiner traditionell verwundbaren nördlichen Grenzen dar.

All dies ist bei der Betrachtung der internationalen Voraussetzungen des ukrainisch-russischen Konflikts in den Blick zu nehmen.

Diese Länder können sich also gar nicht einfach organisch in jene Hierarchie einfügen. Sie rufen allein aufgrund ihrer Existenz als relativ souveräne und zugleich als im Erbe der weltweiten antiimperialistischen Revolution des 20. Jh. verwurzelte Länder die Feindschaft der gesamten imperialistischen Welt hervor, insbesondere seitens der Ultrarechten dieser Welt, und zwar ungeachtet aller Bestrebungen einiger Leader dieser Länder, z.B. russischer,

zur globalen Elite gehören zu wollen. Sie versuchten das ja seit langem mit aller Kraft, und sie seien doch längst, wie Putin vor einigen Jahren beteuerte, „bourgeoisch“ geworden.<sup>3</sup> Erfolglos.

Leute wie Putin werden heute so ähnlich wahrgenommen, wie einst Napoleon vom bürgerlich-aristokratischen England und den absolutistischen Staaten des übrigen Europas, der ihnen als „Robespierre zu Pferde“ und Ausgeburt der Französischen Revolution galt, obwohl Napoleon bekanntlich dieser Revolution gegenüber überaus feindlich eingestellt war; er fürchtete sie und versuchte alles, was von ihr übrig geblieben war, zu tilgen. Ungeachtet dessen zählten ihn die damaligen europäischen konservativen Ordnungsmächte nicht zu den Ihren, er blieb ihnen zutiefst fremd, ein Feind. Fjodor Tjutschew (1803- 1873) verfasste einst ein bezeichnendes Gedicht über Napoleon:

*Bist mit der grausen Mutter in den Kampf gezogen,  
Du, Sohn der Revolution, und fielst.  
Vergebens dein tyrannisches Genie,  
Umsonst die Schlacht, die verlorene Müh –  
Der du doch jene in dir selbst enthieltst.*<sup>4</sup>

Eine derartige Sicht war sehr typisch für die damalige konservative Wahrnehmung von Napoleon. Ganz analog werden gegenwärtig Russland und China seitens der Vertreter des wirklichen, global organisierten Imperialismus wahrgenommen.

Schon daher stellen Versuche, dessen feindseligen Konfrontationskurs gegen unbotmäßige Staaten zurückzuweisen bzw. Gegenschläge auszuteilen, aus meiner Sicht Versuche zur Selbstverteidigung dar, Versuche dieser Regimes, in feindlicher Bedrängnis zu überleben, nicht aber Expansionsbestrebungen nach dem Vorbild Hitlers oder gar Napoleons. Doch besitzen sie nicht die geringste Chance, dabei irgendwelche ernsthaften Erfolge im Sinne einer „weltweiten Hegemonie“, ja auch nur regionaler Hegemonie zu erzielen. Das Maximum, was ein von Putin geführtes Russland am Ende erreichen könnte, wäre, einen Teil von „Noworossija“ einzunehmen; auf mehr erheben sie selbst schon keinen Anspruch mehr. Ihre Absichten tragen jedenfalls einen gänzlich anderen Charakter und sind nicht vergleichbar mit den globalen Hegemonialansprüchen des US- und NATO-Imperialismus. Im Grunde handelt es sich um einen **Abwehrkampf** gegen diesen. Nur dadurch lässt sich auch der Umstand erklären, dass dem **gegenwärtigen russischen Regime, einem antisowjetischen, antikommunistischem Regime, mit dem im Westen rechte und ultrarechte Kräfte sympathisieren**, derzeit sämtliche antiimperialistischen Kräfte der Welt zulaufen – ob Kuba, Venezuela, Nicaragua, Nordkorea u.a.. **Russland trägt in sich „genetisch“ noch das Erbe der Sowjetepoche**, ob nun gewollt oder ungewollt (bekanntlich wollen das seine Führer überhaupt nicht), das ist einfach eine Tatsache.

*G.H.: Sowohl von Anhängern der gegenwärtigen Machthaber Russlands, wie auch bei einem nicht geringen Teil der Linken wird die Vorstellung von einem in gewisser Weise gerechten*

---

<sup>3</sup> Zitat aus dem Märchen von Arkadij Gaidar von „Maltschische-Kibaltschische“, wo der junge Verräter dieser Jungsclique so ein Wort gebrauchte. Putin hat damit sichtlich kein Problem.

<sup>4</sup> Aus: „Napoleon“, Gedicht von F.I.Tjutschew, zit. nach F.I.Tjutschew, Ach wie so tödlich wir doch lieben. Gedichte – Deutsch-Russisch, Neimanis Verlag München & Moskau, 1992, S.182f.. *Die letzte Zeile dieses Verses lautet in der Nachdichtung von Siegfried von Nostitz: „Der du doch alles in dir selbst enthieltst“, während im russ. Original eindeutig der Bezug zur oben erwähnten Revolution durch die weibliche Endung markiert ist «мы всю ее носил в самом себе ...» („du trugst sie ganz in dir selbst“, sie, also jene Revolution), weshalb dies zum besseren Verständnis des Kontextes oben abgeändert wurde. G.H.*

## *Krieg gegen den ukrainischen Faschismus geteilt ...*

A.C.: In der Tat ist nicht zu übersehen, dass letzterer von bestimmten westlichen Kreisen gefördert wurde, in der Ukraine waren ultranationalistische, faschistoide Kräfte herangewachsen, die den Staatsstreich von 2014 mit zu verantworten haben und es gibt sie bis heute. Es waren genau solche Leute, die die ukrainischen Linkskräfte Repressionen unterwarfen, wie zahlreich belegt; vor und nach 2014 war die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine nationaler Diskriminierung ausgesetzt worden, und dieselben Kräfte hatten nichts dagegen, die Ukraine als Brückenkopf für das Vorrücken des NATO-Blocks in Richtung Russland auszubauen.

Aus diesen Umständen nun konstruieren manche Leute eine weitere fragwürdige Analogie, nämlich zum Großen Vaterländischen Krieg: Wie damals handele es sich um einen Krieg gegen den Faschismus, und, wie im Februar 2022 von Putin verkündet, ginge es darin um Denazifizierung und Demilitarisierung der Ukraine, ähnlich wie beim besiegten Deutschland im 2. Weltkrieg. Geflissentlich wird bei diesem Bezug übersehen, dass Denazifizierung und Demilitarisierung des besiegten Deutschlands *nach* dessen Kapitulation und *nach* der Besetzung durch *vier* alliierte Mächte eingeleitet wurde, nicht nur durch eine.

Das gegenwärtige russische Regime verfügt heute weder über eine adäquate Klassenbasis, noch über eine glaubwürdige politisch-ideologische Basis für einen solchen antifaschistischen Abwehrkampf, wie die damalige Sowjetunion. Es besitzt aus meiner Sicht **keine Fähigkeiten, um in diesem Kampf einen strategischen Sieg zu erzielen.**

In der Geschichte ist es übrigens nicht selten vorgekommen, dass gegen ein Land, das einen Abwehrkampf führt, ein kleineres Land in Stellung gebracht und zum Satelliten eines Angreifers gemacht wird. Es wird in diesem Fall Schlachtfeld, seine Menschen Opfer eines solchen Krieges, was aber nicht heißt, dass es seinerseits damit automatisch einen gerechten Krieg führt – all das ist eben nur bei Analyse eines umfassenderen Kontextes zu erkennen. Außer der Frage nach dem gerechten oder ungerechten Charakter eines Krieges stellt sich jedenfalls immer die Frage nach den realen Siegeschancen in einem Krieg. Es gibt beliebig viele Beispiele in der Geschichte, dass Länder, die imperialistischer Aggression bzw. kolonialer Aufteilung unterworfen wurden, einen kühnen, aber aussichtslosen Kampf dagegen führten. **Aus unserer Sicht tragen Kriege gegen reaktionäre imperialistische Unterwerfungsversuche einen gerechten Charakter.** Doch wenn ein solcher Kampf nicht hinreichend innere Möglichkeiten für eine fortschrittliche Alternative dazu birgt, so bietet sein gerechter Charakter allein keine Siegesaussicht. Vielleicht irre ich mich, bisher jedenfalls kann ich den Optimismus unserer Patrioten, vor allem der linken unter ihnen, nicht teilen.

Als vor über 100 Jahren der Kampf um den Brester Frieden durchzustehen war, notierte Lenin einmal, dass unserem Volk zuvor erbärmliche, verachtungswürdige Gegner gegenübergestanden hätten. Inzwischen aber habe sich gegen uns ein Gigant des neuesten, technisch am meisten fortgeschritten Imperialismus erhoben. Er müsse bekämpft werden, gegen ihn müsse man aber erstmal zu kämpfen vermögen. Ich finde, dass dies in vielerlei Hinsicht auch auf die heutige Situation zutrifft.

Übrigens stimmen diese allgemeinen Konturen meiner Sicht auf den weiter zu fassenden internationalen Hintergrund auch mit der **Beurteilung des Ukraine-Konflikts durch die kubanische Führung** überein. Sie hat sich von Anfang an nicht Russlands Position zu eigen gemacht, zugleich aber immer unterstrichen, dass **die wichtigste Verantwortung und Quelle des Konflikts beim US- und NATO-Imperialismus zu suchen ist, insbesondere in der NATO-Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands**, entgegen dem seinerzeit gegebenem

Versprechen westlicher Staatsmänner gegenüber der spätsowjetischen Führung unter Gorbatschow und der frühussländischen unter Jelzin, dies zu unterlassen und militärische Zurückhaltung zu üben – das Gegenteil davon ist passiert.

Nur durch eine Militäraktion sah die russische Führung nun offenbar die Chance gegeben, die angestrebte Eingliederung der Ukraine in die NATO-Strukturen zu verhindern.

Erreicht wurde allerdings in vielerlei Hinsicht das gegenteilige Resultat!

Und das betrifft nicht nur Finnland. Zu den wichtigsten Errungenschaften der Sowjetunion ist die nach dem 2. Weltkrieg errungene ständige Neutralität Finnlands zu rechnen, unter der sich trotz kapitalistischer Ordnung in Finnland ein stabiles und wohlwollendes Verhältnis zwischen den beiden Ländern herausgebildet hatte. Und jetzt? Niemand hätte sich zuvor auch nur vorstellen können, dass Finnland je NATO-Mitglied werden könnte. Schweden arbeitete auch zuvor de facto mit der NATO zusammen, ohne einzutreten, Finnland aber galt als wichtigster Schutzschirm des Nordwestens der Sowjetunion und später Russlands.

*G.H.: Bleiben wir noch bei der konkreten historischen Situation, in der die Entscheidung für die Spezialoperation gefällt wurde.*

A.C.: Oft wird übersehen, dass sich der Umsturz in Kiew 2014 von Beginn an gegen Chinas Pläne zur Annäherung sowohl an die Russische Föderation als auch an die Europäische Union gerichtet hatte. Die Ukraine wurde noch unter der Regierung Janukowitsch von Peking, aber auch von ihr selbst als wichtiges Bindeglied beim Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen entlang der "Neuen Seidenstraße" über China – Russland - Europa (in der chinesischen Terminologie "One Belt, One Road") angesehen. Die Entwicklung dieser Beziehungen hätten die Tendenz zu größerer Autonomie sowohl der Russischen Föderation, als auch der EU gegenüber den USA verstärkt und Europa auf eine vorrangige Zusammenarbeit mit dem aufstrebenden China und der "Dritten Welt" insgesamt orientiert. Konnte das hingenommen werden, vom imperialen Hegemonialblock?

2010 stattete auch Hugo Chavez bezeichnender Weise der Ukraine im Rahmen einer Mega-Reise einen Besuch ab, die als Stationen außerdem Weißrussland, Syrien, Libyen und den Iran einschloss. Wie reagierten nun die USA und die NATO auf diese "One Belt, One Road"-Initiative? Kaum überraschend: mit einer Aggression gegen arabische Länder, mit der Blockade Venezuelas und mit der von da an vehement in Aussicht gestellten und praktisch betriebenen Einbeziehung der Ukraine in Strukturen der NATO und EU.

Der damalige Einfluss pro-imperialistischer Kräfte in der Russischen Föderation, der auf der realen Abhängigkeit des Landes von den Vereinigten Staaten und von ihren Verbündeten beruhte, ließ eine sofortige russische Gegenreaktion auf den "Maidan", die vielleicht noch einen Krieg verhindert hätte, nicht zu. Acht Jahre lang brachte der Kreml nicht mehr zustande, als nach einem Referendum die Krim anzugliedern, deren völkerrechtlicher Status als höchst umstritten galt, und eine beschämend begrenzte Hilfe an die Republiken von Lugansk und Donezk zu leisten.

Beim Aufstand im Donbass mit seiner Bergbauindustrie ließen sich vielerlei Motive und Bestrebungen beobachten: Es gab Anklänge an revolutionäre und antifaschistische Bewegungen des 20. Jahrhunderts, Versammlungen an Lenin-Denkmalern, rote Fahnen auf Panzerfahrzeugen, es entstanden Ansätze zu einer nationalen Befreiungsbewegung für das Recht des russischsprachigen Noworossija, über seine eigenen Angelegenheiten zu entscheiden, seine Kinder in ihrer Muttersprache zu unterrichten und mit dem verwandten Russland befreundet zu sein, nicht zuletzt auch Aktionen der Selbstverteidigung der Kohle- und Industrieregion Donbass gegen ihre drohende Schrumpfung oder Abwicklung, die zur

Bedingung für die EU-Mitgliedschaft der Ukraine gemacht werden könnte. Der russischen Führung aber galten all diese Aspekte des Aufstands im Donbass und schon der Umstand der Selbstorganisation der Bevölkerung von unten selbst als zu links, zu "sowjetisch". Die Führung im Kreml nutzte vielmehr den Donbass, um Kiew in Schach zu halten, erkannte, anders als im Falle der Krim, die Republiken zunächst nicht an und unterstützte sie nicht auf breiter Front. Allein internationalistische Freiwillige kämpften auf der Seite von Donezk und Lugansk.

Fast acht Jahre lang konnte das Kiewer Regime, bewaffnet durch die NATO, aus nächster Nähe auf Städte im Donbass schießen und dabei seine militärischen Fähigkeiten mit Hilfe der NATO rasch ausbauen.

*G.H.: Was aber war nun im Jahre 2022 anders geworden?*

A.C.: Erstens waren die Russische Föderation und insbesondere die VR China in den Jahren zuvor wirtschaftlich stärker geworden. In Peking hatten sich die Befürworter einer unabhängigeren Entwicklung Chinas, angeführt von Xi Jinping, stabil an der Macht behauptet. Die Entwicklung der Zusammenarbeit mit China verminderte die wirtschaftliche Abhängigkeit Russlands vom Westen. Diese Errungenschaften ausnutzend, vermochte es die russische Führung unter Wladimir Putin, die interne Opposition sowohl von links als auch von rechts zu minimieren. Es winkten wirtschaftliche und politische Möglichkeiten, die staatliche Kontrolle über die führenden Wirtschaftssektoren auszubauen. Um diese Agenda aber durchzusetzen, ohne auf die aktive Unterstützung durch die Zivilgesellschaft bauen zu können und zugleich ohne ihren Widerstand zu wecken, schien eine militärische Situation einigen nicht unwillkommen.

Zweitens hatte inzwischen die Covid-Pandemie neue Möglichkeiten der administrativen und wirtschaftlichen Kontrolle über das gesamte Leben der Gesellschaft geboten – und zwar sowohl in der VR China und der Russischen Föderation, als auch im Westen. Zugleich aber aus dem Covid-Regime ohne politische Risiken und Erschütterungen wieder herauszukommen, ohne der Gesellschaft ernsthafte Erklärungen vorlegen zu können, sahen einige Entscheidungsträger dort wie hier wohl nur unter den Bedingungen einer militärischen Konfrontation als machbar an.

In den USA befanden sich zu jenem Zeitpunkt die Regierung Biden und seine Anhänger ohnehin in einer krisenhaft zugespitzten Situation. Mit großer Mühe hatten sie sich bei den Wahlen von 2020 noch Trump vom Halse gehalten, hatten sie den Putschversuch der Trumpisten zu Bidens Inauguration abgewehrt und die Infragestellung des Wahlergebnisses verhindert. Nun aber schlug auch noch die Covid-Pandemie zu und sie war überaus erklärungsbedürftig: Wie war es dazu gekommen? Wer trägt die Schuld, dass es so weit kam? Warum wurden überall derartig freiheitsbeschränkende Maßnahmen eingeführt? Warum sind so viele Leute daran gestorben?

**In einem Krieg aber braucht man auf gar keine Fragen mehr reagieren.**

Außerdem wurde und wird ja immer noch angenommen, dass die Pandemie im chinesischen Wuhan ihren Anfang nahm. Dort aber gab es ein *amerikanisch-chinesisches* Bio-Labor, das sich genau der Erforschung solcherlei Erreger gewidmet haben soll: Natürlich wirft das zwingend die Frage aus, wie sich eine solche Einrichtung überhaupt in China befinden konnte, in Anbetracht des gegebenen Zustands der amerikanisch-chinesischen Beziehungen?

**Tatsache war jedenfalls, dass sich alle sehr unbequemen Fragen hätten stellen müssen.**

Entweder hätte man China die Schuld in die Schuhe schieben müssen, was womöglich schon

bald zu einer kriegerischen Konfrontation mit China oder zumindest zu einer totalen Handelsblockade hätte führen müssen. Oder aber es hätten amerikanische Geheimdienstaktivitäten verdächtigt werden müssen, was die chinesische Führung offiziell zu tun unterließ, obwohl sich diese Variante im ersten Moment nahezu aufdrängte und sie durchaus dazu hätte provozieren können.

Beides geschah nicht. Jedenfalls hätten alle Seiten noch einiges zu tun gehabt, um sich aus dieser Situation wieder herauszuwinden oder womöglich einen drohenden großen Krieg abzuwenden.

Drittens hatte sich auch in anderen postsowjetischen Regionen eine "kritische Masse" für eine Konfrontation zusammengebraut. Im Herbst 2021, nach fast 30 Jahren armenischer Kontrolle über die nicht anerkannte Republik Berg-Karabach, eroberte Aserbaidschan das Gebiet militärisch für sich. Im Januar 2022 wurden während massiver regierungsfeindlicher Demonstrationen in Kasachstan Truppen aus Russland und mehreren zentralasiatischen Ländern entsandt - eine Neuauflage des Maidan konnte dort vermieden, das Militär bald wieder abgezogen werden. Der Eindruck, dass begrenzte Militäroperationen im Gegensatz zu den vergeblichen jahrelangen Verhandlungen über eine politische Konfliktlösung in solchen Fällen wirksamer sind, setzte sich womöglich in der Russischen Führung fest.

Viertens hatte und hat auch die Taiwan-Frage einen erheblichen Einfluss auf den Verlauf der Ereignisse genommen. Seit einem Dreivierteljahrhundert hält sich auf Taiwan ein Regime, das sich als "Republik China" als Alternative zur VR China versteht. In den letzten Jahren steht in Taipeh eine Partei von Insel-Nationalisten an der Macht, die die Verkündung der Unabhängigkeit Taiwans fordert. Für die Volksrepublik China steht das Ein-China-Prinzip nicht zur Diskussion, es schließt sowohl die Anerkennung eines "zweiten Chinas" als auch die Abspaltung Taiwans aus. Dies ist nicht nur wegen der wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung der Insel wichtig, sondern auch als "rote Linie" für andere Gebiete der VR China markiert, die sich für Separatismus anfällig zeigten, wie Hongkong, Macao, Tibet, Xinjiang-Uigurien und möglicherweise noch einige Provinzen des chinesischen Kernlandes, in denen weder die "Fürstentümer" der Militaristen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, noch das Chaos der "Kulturrevolution" der 1960er Jahre vergessen sind.

Wann immer in der Vergangenheit Nationalisten in Taipeh die Unabhängigkeit erklären wollten, drohte Peking, mit militärischer Gewalt gegen die Insel vorzugehen. Kein Land, das offizielle Beziehungen zur VR China unterhalten möchte, darf zugleich solche Beziehungen zu Taiwan unterhalten. Selbst die Vereinigten Staaten mussten die offiziellen Beziehungen zu Taipeh abbrechen, als sie diplomatische Beziehungen zu Peking aufnehmen wollten. Rechte Lobbygruppen der Republikanischen Partei in den USA, die enge Kontakte zu Taiwan unterhalten, setzen sich jedoch für Militärhilfe für Taiwan ein, was die Beziehungen zwischen den USA und China belastet.

Peking konnte nicht umhin kommen, eine Analogie zwischen den Beziehungen Chinas zu Taiwan und denen Russlands zur Ukraine zu ziehen. In der Befürchtung, einen Präzedenzfall für Taiwan zu schaffen, hatte China stets eine ablehnende Haltung gegenüber der Anerkennung jeglichen "Separatismus" eingenommen, jetzt galt sie dem Separatismus der Donbass-Republiken. Die Anerkennung russischsprachiger Gebiete als Bestandteil der Russischen Föderation hingegen war eine andere Sache. In Russland hegten viele die Hoffnung, dass die Wiedervereinigung mit Noworossija in China als Präzedenzfall für eine ähnliche Lösung des Ein-China-Problems unterstützt werden würde.

Die Lage in der Straße von Taiwan hatte sich seit Anfang 2022 besonders verschärft. China-

Experten räumten die mögliche Auslösung von Militäroperationen durchaus ein. Die Möglichkeit, dass China in Taiwan eine "zweite Front" gegen die Vereinigten Staaten eröffnet, war vermutlich einer der Faktoren, die Moskau zu der Entscheidung veranlassten, seine Spezialoperation einzuleiten. Dies wird indirekt durch die Entwicklungen in anderen asiatischen Ländern bestätigt: Am 22. Februar 2022, just dem Tag des Beginns der Spezialoperation, befand sich der pakistanische Premierminister Imran Khan zu Besuch in Moskau. Kurz nach seinem Besuch in Moskau wurde Imran Khan seines Amtes enthoben und vor Gericht gestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Peking Pakistan traditionell als strategischen Verbündeten im Falle einer Verschlechterung der Beziehungen zu Indien betrachtet. Washington aber hatte auf die Gründung der BRICS unter Beteiligung Chinas und Indiens und auf die Verhandlungen über die Beilegung des Territorialstreits zwischen den beiden Ländern mit verstärkten Versuchen reagiert, die indisch-pakistanischen Beziehungen zu manipulieren, um Indien gegenüber China zu stärken. Mit dem Abzug der US-Truppen aus Afghanistan im Jahr 2021, durch den das Land an die Taliban übergeben wurde, entstand an der Westgrenze Pakistans ein Spannungsherd, in dem die Positionen rechtsgerichteter islamistischer Kreise, die die Regierung von Imran Khan gestürzt hatten, gestärkt wurden.

Und so sah sich die Welt Anfang 2022 der realen Gefahr einer "Kettenreaktion" militärischer Konflikte und interner Umstürze in den führenden Ländern Eurasiens gegenüber, die von den aggressivsten Kreisen der Vereinigten Staaten inszeniert wurden. Moskau suchte fieberhaft nach einem Gegengewicht zu dieser wachsenden Bedrohung. Es ist bezeichnend, dass gleich zu Beginn des Jahres 2022 in russischen Medien auch die Idee der Stationierung russischer Raketen in Nicaragua, Venezuela und Kuba kursierte. Eine Neuauflage der Kubakrise von 1962 fand aber nicht statt, und die Spekulationen darüber trugen nur dazu bei, die Blockade der mit Russland befreundeten Länder weiter zu verschärfen. Eine solche Phase war es, in der die Wahl getroffen wurde, eine spezielle Militäroperation gegen das Kiewer Regime zu starten.

*G.H.: Hierzulande wird dem „autokratischen Russland“ vor allem große „Angst vor der westlichen liberalen Demokratie“ unterstellt, die werde ja nun angeblich in der Ukraine für unser aller Wohl mit unseren ewig unzureichenden Waffen verteidigt. Welche Rolle spielten solche machtpolitischen Ängste aus deiner Sicht?*

A.C.: Nun, die Ukraine galt der russischen Führung seit dem Staatsstreich von 2014 als Beispiel eines Umsturzes, dem man zuvor in Russland mit großer Mühe verhindern konnte – eines Umsturzes seitens pro-westlicher, rechtsliberaler Kräfte. Die Ukraine wurde als dauerhafte Basis solcher Kräfte beargwöhnt. Auch dafür schien es nötig, sich mit voller Kraft von dieser Basis zu trennen. Das verstärkte sich insbesondere in der Zeit der Biden-Administration. Diese besaß bekanntlich in der Ukraine unmittelbar vitale Interessen; der Sohn Bidens betrieb dort ein großes Business, und wie viele meinen - kein besonders sauberes.

Doch nicht allein diese Erwägung spielte eine Rolle. Bezeichnenderweise verstärkten sich schon seit Sowjetzeiten in auffälliger Regelmäßigkeit stets dann, wenn die Demokratische Partei in den USA gesiegt hatte, deren Aktivitäten zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion und später Russlands, zum Export amerikanischer Demokratie-Vorstellungen, meist unter der Flagge von Menschenrechten u.ä..

Während unter der Administration von Republikanern, obwohl diese innenpolitisch und im Verhältnis zur restlichen Welt stets viel reaktionärer als die Demokraten auftraten und noch

viel mehr Unheil in der Welt anrichteten, im Verhältnis zur Sowjetunion bzw. dem späteren Russland sich immer Möglichkeiten zum Dialog und zur Entspannung auftaten – eine paradoxe Situation!

So war es unter Eisenhower in den 1950er Jahren, so war es seit 1969 unter Präsident Nixon, der zuvor Eisenhowers Vize war. Ähnlich war es wieder unter Busch sen. und, in geringerem Maße, Bush jun., sowie unter Trumps erster Präsidentschaft. Für die Republikaner spielten Menschenrechte und Demokratie-Export stets eine geringere Rolle als für die Demokratische Partei der USA. Für Verhandlungen mit der Führung der Sowjetunion und später Russlands waren konservative Republikaner, wie eigenartig das auch scheinen mag, stets aufgeschlossener.

Allein Ronald Reagan muss davon ausgenommen werden. Seine republikanische Administration vertrat eine Position des direkten Exports der Konterrevolution und des Antisozialismus in die UdSSR, ihre aggressive Position versuchte sich erst gar nicht hinter der Rhetorik der „Verteidigung von Menschenrechten“ zu verbergen, sondern verkündete direkt ihre konterrevolutionären Absichten. Neben anderen Gründen trug Reagans Politik maßgeblich zum Zusammenbruch der Sowjetunion bei, denn ein erheblicher Teil der sowjetischen und später russischen Führung zog es schließlich unter diesem Druck vor, sich vom Sozialismus abzuwenden. Meiner Überzeugung nach bestand einer der wichtigsten Gründe dafür darin, dass sie den Ausbruch eines Atomkriegs befürchtete, wenn sie sich anders verhalten würde. Das betrifft vor allem die Zeit nach Reagans Wiederwahl 1984, als dieser die absolute Mehrheit in beiden Kongresskammern erlangte, wie jetzt wieder Trump, und als er de facto eine Kriegserklärung gegen die Sowjetunion in allen Konfliktregionen der Welt aussprach: Reagan hatte begonnen, die Politik der „vielen Vietnams“, die einst Che Guevara in revolutionärer Absicht gegen die USA vorschlug, nunmehr ganz real gegen die Sowjetunion zu richten. Dazu diente die sogenannte „Internationale des Widerstandes“, in der afghanische, kambodschanische, angolische, mosambikanische, nikaraguanische u.a. Rebellen zusammengeschlossen waren, denen direkte militärische Unterstützung der USA zugesichert wurde und mit deren Hilfe mehrere lokale Kriege gleichzeitig angezettelt wurden, die die Sowjetunion unmittelbar betrafen. Es wurde deutlich, dass dies entweder zu ihrer völligen Auszehrung führen oder direkt in eine atomare Konfrontation zulaufen könnte. Ich denke, dass genau diese Furcht der Führung die Waagschale bei ihrer Entscheidung über das weitere Schicksal des Landes ins Wanken brachte, das in einer tiefen Krise steckte. Wie gesagt, bildete Reagan die einzige Ausnahme, während in allen anderen Fällen, als es nicht zu einer so totalen Systemkonfrontation kam, die Demokraten mit dem Demokratie-Export assoziiert wurden, der stets der Verstärkung der Abhängigkeit Russlands vom Westen dienen sollte. Mit den Republikanern hingegen schien es möglich, „unter Starken“, nämlich gleich starken Atommächten, zu verhandeln. Dadurch erklärt sich wohl auch heute die auf den ersten Blick abstoßende Bestrebung von Putins Führungsriege, namentlich mit rechten Fundamentalisten im Westen zu verhandeln – mit Trump, mit Marine Le Pen, vielleicht mit der AfD, obwohl die noch gar nicht an der Macht ist ...

Ich denke, dass es dabei immer geboten ist, die **Dialektik zwischen Außen- und Innenpolitik** zu berücksichtigen, wenn die Entscheidung der russischen Führung zu ihrer „Speziellen Militäroperation“ beurteilt werden soll.

*G.H.: Welche unmittelbaren Entscheidungsfaktoren im Februar 2022 kannst du noch erkennen?*

A.C.: Die Möglichkeiten eines "Krieges geringer Intensität" hatten sich nach acht Jahren in

der Ukraine im Wesentlichen erschöpft. Der Durchhaltewillen der Menschen im Donbass hatte einen kritischen Punkt erreicht. Die wichtigsten Kommandeure der republikanischen Milizen waren Terrorattacken des Feindes zum Opfer gefallen. Alles deutete darauf hin, dass die ukrainischen Faschisten, vor allem aber auch die Geheimdienste der NATO-Länder und ihre Spezialeinheiten in der Ukraine, eine "Blitzsäuberung" des Donbass nach Muster der serbischen Krajina in Kroatien 1995 vorbereiteten. Aus dem Donbass strömten bereits Massen von Flüchtlingen in die benachbarten Gebiete in der Russischen Föderation. Die ungestrafte Zerstörung der russischsprachigen Staatlichkeit der Republiken direkt vor den Grenzen der Russischen Föderation, nach acht Jahren weitgehender "Nichteinmischung" durch den Kreml, drohte die innenpolitische Stabilisierung der Russischen Föderation umzukehren und das Land in eine explosive Lage zu manövrieren.

Wenn es zu weiteren militanten Vertreibungen gekommen wäre, wäre mit Sicherheit Putins Autorität in Russland stark untergraben worden. Dabei hätte eine politische Gefahr für Putin übrigens auch genau von diesen russischsprachigen Menschen selbst ausgehen können, mit all ihrer aktiven Widerstandserfahrung, die bisher keine hinreichende Unterstützung aus Russland erfahren hatten. Natürlich wäre dann auch die innere pro-westliche Opposition wieder auf dem Vormarsch gewesen und Putin wäre es schwerlich gelungen, sich an der Macht zu halten.

Mit anderen Worten drohte der russischen Führung sowohl in innerer als auch in äußerer Hinsicht, dass sie alles verlieren könnte, wenn sie jetzt keine Entscheidung traf.

Also los - draufhauen, was immer daraus wird, man wird sehen. Offenbar waren die Verantwortlichen selbst scheinbar nicht sonderlich überzeugt von ihrem Sieg - in jenem Augenblick aber musste etwas unternommen werden, wenigstens genau jetzt, für diesen Moment. Ich bezweifle stark, dass diese Leute in der Lage waren, weiter vorzuschauen. Und da wurde die russische Entscheidung zum Angriff auf die Ukraine gefällt.

Im Februar 2022 überlagerten sich jedenfalls all die oben genannten Umstände gleichzeitig.

*G.H.: War denn gar nicht vorhersehbar, was dann folgen würde?*

A.C.: So etwas in seiner ganzen Komplexität vorherzusehen bzw. zunächst überhaupt den ganzen Umfang der wechselwirkenden Faktoren und Einflüsse zu erfassen und womöglich andere Entscheidungen zu fällen, ohne einen Krieg zu beginnen, war wohl von einer bürgerlichen Regierung kaum zu erwarten.

Bekanntlich waren auch im Jahre 1914 die Entscheidungsträger aller Seiten so sehr in die Lösung ihrer konjunkturellen Nah-Probleme vertieft, darunter auch der Rettung ihrer innenpolitischen Positionen in einer heranreifenden gesamt-nationalen Krise, dass niemand imstande war, verantwortlich vorzudenken. So auch heute wieder.

*G.H.: Viele Gespräche unter Linken hierzulande kreisen auch um die Frage, welche Alternativen es zur Entscheidung der russischen Führung gegeben hätte – wie stellt sich dieses Problem aus deiner Sicht dar?*

A.C.: Aus meiner Sicht hätte es welche gegeben. Als bereits der Kampf der Verteidiger der Donbass-Republiken Donezk und Lugansk in vollem Gange war, die 2014 den prowestlichen ultrarechten Putsch in Kiew abzuwehren versuchten, rangen sie aus meiner Sicht damit de facto um ihr Recht auf Selbstbestimmung. Russlands Regierung konnte sich sehr lange nicht entschließen, die Souveränität dieser Republiken anzuerkennen, obwohl sie einige Jahre zuvor schon die Souveränität von Abchasien und Südossetien gegenüber Georgien anerkannt

hatte.<sup>5</sup> Nun schreckte man in Moskau davor zurück – bis zum Februar 2022. Buchstäblich wenige Stunden vor der Einleitung militärischer Maßnahmen wurden die beiden Donbass-Republiken anerkannt, um unmittelbar danach ihre Aufnahme in die Russische Föderation zu beschließen. Nach all dem zu urteilen, wollte sich der Kreml nicht auf eine mögliche Selbstbestimmung Noworossijas einlassen; die Leute dort galten ihnen dort vermutlich als zu proletarisch, als zu pro-sowjetisch, als zu links – das konnten sie nicht einfach hinnehmen. Vorstellbar war offenbar lediglich die sofortige Aufnahme der Republiken in den Bestand der Russischen Föderation (was einst auch mit Weißrussland geplant war, worauf sich aber die Regierung Lukaschenko nicht einließ). Obwohl sich im Donbass die Erklärung des „Selbstbestimmungsrechts des Volkes“ geradewegs aufgedrängt hatte, wendete sich die russische Führung kategorisch dagegen. Dabei hätte sie ihre Handlungen sogar legitimieren können, wenn sie allein zur Verteidigung des immerhin ebenso völkerrechtskonformen Rechts auf Selbstbestimmung von Noworossija angetreten wäre.

*G.H.: „Noworossija“?*

A.C.: Hier wäre vielleicht ein kleiner historischer Exkurs angebracht?

Bezeichnet werden damit die südlichen Gebiete der früheren Ukraine. Die zahlreichen, mindestens neun historischen Gebiete, die einst recht künstlich zur Ukrainischen Sozialistischen Volksrepublik zusammengeschlossen wurden, waren zuvor historisch noch nie in einem unabhängigen Staat vereint. Die Bedingungen des Brester Friedens von 1918 sollten dafür dann eine Schlüsselrolle spielen. Eine dieser Bedingungen bestand in der sowjetrussischen Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine, die zunächst unter der Regierung der Zentral-Rada stand. Selbige Rada hatte kurz zuvor einen Knebelvertrag mit Deutschland unterzeichnet, und zwar ohne Grenzfestlegungen. Das kaiserliche Deutschland verstieß umgehend gegen die eigenen Bedingungen des Brester Friedensvertrages, indem es erneut Truppen gen Osten aufmarschieren ließ, bis sich später die künftigen Grenzen der USSR abzeichneten. D.h. die ukrainischen Grenzen bis 2022 sind nahezu identisch mit der Demarkationslinie von Sommer-Herbst 1918.. Naturräumlich, historisch oder ethnisch begründbare Grenzen gibt es jedenfalls dort keine – es handelt sich um eine zusammenhängende osteuropäische Tiefebene, mit weiter Ausdehnung in beide Richtungen, mit einer dort seit Jahrhunderten siedelnden russisch-ukrainischen Mischbevölkerung. Während schließlich ab 1918 die Gebiete um Belgorod, Kursk, Woronesh und der Kuban, wo die Bevölkerung etwa zur Hälfte aus Ukrainern bestand, im Bestand von Sowjetrussland verblieben, wurden zum Bestand der Sowjetukraine nunmehr Gebiete gerechnet, von denen die Hälfte der Bevölkerung Russen waren, wie der Donbass, Cherson, später Odessa. Putin versuchte schon vor vielen Jahren, die Verantwortung dafür den Bolschewiki zuzuschreiben, die damals angeblich Russlands Einheit gespalten hätten. Aus meiner Sicht trifft das historisch nicht zu, denn wie hätte damals die Frage anders entschieden werden können? Die Bedingungen für den Friedensschluss mussten zunächst angenommen werden. Hätte man all diese Gebiete mit Mischbevölkerung allein Russland zugeschlagen, oder aber umgekehrt, allein der Ukraine, so wäre das ein herbe Demütigung für beide Seiten gewesen, hätte auf beiden Seiten fürchterliche nationalistische Gemetzel provoziert. Aus meiner Sicht

---

<sup>5</sup> Dort hatte sich eine ähnliche Situation ergeben: Nach dem Putsch in Tbilissi beschwor das neue rechte Regime die Gefahr einer Auslöschung dieser Völkerschaften herauf, woraufhin die ausgerufenen Republiken von Russland anerkannt und unterstützt wurden.

hatte es damals keine anderen Varianten gegeben.<sup>6</sup>

Um auf die Frage nach den Alternativen zurückzukommen – es hätte aus meiner Sicht also die Alternative der Anerkennung der Souveränität Noworossijas gegeben, des Rechts der dortigen Bevölkerung auf Selbstbestimmung, und bei Erfolg – die Herausbildung eines Russland freundlich gesinnten eigenen souveränen Staates, analog zu Weißrussland unter Lukaschenko. Diese Möglichkeit wurde nicht genutzt – auf Grund der politischen und klassenbedingten Beschränktheit der russischen Führung.

Natürlich hätte die ukrainische Führung ihrerseits sich zu diesem Prozess genauso feindselig verhalten wie zu dem, was jetzt eingetreten ist, und genauso, wie die NATO darauf blickt, aber: In diesem Falle wäre es viel schwieriger gewesen, Russland als alleinigen Aggressor darzustellen, es hätte größere Möglichkeiten gegeben, in Westeuropa und in der übrigen Welt diesen Kampf um Selbstbestimmung zu unterstützen, wie es auch während des Widerstands der Donbass-Republiken gegen die militanten ukrainischen Straf-Expeditionen tatsächlich geschehen ist. Damals gab es noch viel mehr Anhänger dieser beiden Republiken in Europa, Lateinamerika und anderen Regionen der Welt, von denen manche als Freiwillige anreisten, sich an den Kämpfen beteiligten und sogar ihr Leben ließen. Das heißt, in diesem Falle hätte Russland politisch zumindest mehr Handlungsspielraum gehabt.

*G.H.: Nun wiegt die Katastrophe eines „Bruderkriegs“ sicher noch doppelt so schwer ...*

A.C.: „Brudervolk“ zu sagen, fällt mir schon jetzt außerordentlich schwer. Obwohl mein Familienname selbst ukrainischer Herkunft ist. Das ist überhaupt weit verbreitet, in Russland lebende Menschen mit ukrainischen Namen und umgekehrt. Für uns alle ist die Situation sehr schwer zu ertragen.

Seitdem der Prozess des Auseinanderbrechens der UdSSR losgetreten worden war und seit er mit dem Staatstreich von 2014 eine neue Qualität erlangt hatte, hatte sich in der Ukraine de facto eine typische, zweisprachige bürgerliche Nation herausgebildet. Sie trat und tritt nun ihrem Nachbarstaat Russland in Feindschaft konfrontativ gegenüber.

*G.H.: Ein von oben forcierter Vorgang?*

---

<sup>6</sup> Fortsetzung des Exkurses von A.C.: Ein weiteres Moment kommt dazu: In Noworossija gab es bereits ein Vorbild für eine eigene Staatlichkeit, als gleich nach der Unterzeichnung des Brester Friedens die „Republik Donbass-Kriwoirog“ ausgerufen wurde, eine Art Pufferstaat, da Sowjetrussland in Befolgung der Bedingungen des Brester Friedens nicht offiziell den Widerstand gegen die kaiserlichen Okkupanten dieses Territoriums unterstützen konnte. Doch auch vor der Revolution gab es einige objektive Voraussetzungen dafür, dass sich auf diesem Territorium eine eigene Nation herauszubilden begann. Dort gab es nämlich keine durchgängigen Verbindungen zu Zentralrussland, wo eine Großrussische Nation entstanden war; das Gebiet war vielmehr von Großrussland getrennt, auf der einen Seite durch einen Teil der östlichen Ukraine, von der anderen Seite durch das Gebiet, wo die Wolga-Don-Kosaken ihre Heimat hatten, die sich mitnichten als Teil von Großrussland verstanden, sondern sich quasi für eine eigene Nation hielten. Schon während des Bürgerkrieges versuchten sie sich selbständig zu machen. Im Ergebnis waren die Gebiete, die Ende des 18. Jh. im Kampf gegen das Krim-Khanat und das Osmanische Reich an Russland gefallen waren, also Noworossija, vom Kernland Großrusslands abgetrennt, dort entwickelte sich im Ansatz eine eigene Nation mit gemischten ethnischen Herkunft: Neben den mehrheitlich vertretenen Russen lebten hier auch Serben, Bulgaren und viele Griechen (diese v.a. um Mariupol), die vor osmanischer Verfolgung nach Russland geflohen waren; es gab viele Juden, deutsche Kolonisten, und eine Minderheit von Menschen ukrainischer Abstammung. Mich erinnert das alles sehr an die Lage von Argentinien und Uruguay. Dort hatten sich in solchen historischen Übergangsphasen ebenfalls in vergleichbaren Ansiedlungsgebieten neue Nationen aus gemischten Bevölkerungsteilen herausgebildet.

A.C.: Leider nicht nur, aber von oben gedeckt. Schon mehrere Generationen von Heranwachsenden wurden in der Ukraine in nationalistischer oder rein faschistischer Manier erzogen, im Hass gegen Russland, mit einem ungeheuerlichem, nur noch „klinisch“ zu nennendem Nationalchauvinismus ... Es wurden in der Tat Geschichten in Umlauf gebracht und bereits vor 10-15 Jahren sogar in Schulen gelehrt, dass die „Ukry“ das älteste Volk der Welt gewesen wären, übrigens „reine Arier“ (nicht etwa die Deutschen, sondern sie selbst), dass ihre Vorfahren das Schwarze Meer ausgehoben und Mammuts domestiziert hätten und ähnlichen Unsinn. Über Jahrhunderte hinweg hätten diese ehrenwerten „Ukry“ dann einen Kampf gegen die verfluchten „Moskaly“ führen müssen (sogar, als es noch gar kein Moskau gab); die Kiewer Rus sei eigentlich die Ukraine gewesen usw.. Anders als „Gehirnwäsche“ kann das nicht bezeichnet werden. Die zielt übrigens auch auf Menschen russischer Herkunft und Sprache, alle sollen sich als *eine* ukrainische Nation empfinden, die nun grundlos und böartig vom fremden russischen Aggressor überfallen wurde.

Eine der schwerwiegendsten Folgen dieses Krieges besteht darin, dass er eine - auf derartige ideologische Grundlagen eingeschworene - ukrainische Nation nun erst recht zu konsolidieren hilft. Aus meiner Sicht kann vor diesen vergangenen zwei-drei Jahrzehnten noch nicht von einem einheitlichen ukrainischen Nationalbewusstsein gesprochen werden, eben weil sich historisch noch keine eigene Nationalstaatlichkeit ergeben hatte. Nun aber wird sie forciert zusammengeschweißt, auf diese traumatische, reaktionäre Weise, mitten in einem Krieg.

Inzwischen ist das Verhältnis der Ukraine zu Russland an einem solchen Tiefpunkt angelangt, dass es an Vorkriegsfinland oder Vorkriegspolen im Verhältnis zu Sowjetrußland erinnert: Beide Gebiete hatten zuvor zum Bestand des Russischen Reiches gehört, sich dann aber zu den feindseligsten fremden Nachbarn entwickelt.

Das zur Frage nach den „Brudervölkern“. Ich wünschte es mir anders, keine Frage, aber leider sind die Verhältnisse nicht so. Ein ernst zu nehmender Widerstand gegen diesen nationalchauvinistischen Brandherd in der Ukraine selbst lässt sich bisher leider nicht ausmachen.

Nur wenige Beobachter thematisierten übrigens bisher den Umstand, dass die russische Führung zu Beginn ihrer Spezialoperation nicht etwa wie verkündet damit begann, den Donbass zu befreien. Im Gegenteil, drei Jahre lang wurde Donezk noch weiter von ukrainischer Artillerie beschossen, es gab offenbar keinerlei Eile von russischer Seite, die Donezker Front zu verschieben. Vielmehr wollten sie vorrangig nach Kiew gelangen, irgendwo entlang der Grenze zu Weißrußland den Durchbruch schaffen. Ganz offensichtlich hatten sie auf einen pro-russischen Umsturz, also einen Gegenputsch in Kiew gesetzt. Wohl auch aus diesem Kalkül konnten sie den Donbass-Republiken keine Selbstbestimmung zugestehen. Nun fand ein Gegenputsch nicht statt. Eine ernstzunehmende Opposition existierte in Kiew nicht. Zum Teil war die Opposition schon Jahre zuvor durch Repressionen ausgeschaltet worden (wir kennen die Geschichte vom Gewerkschaftshaus in Odessa, wo Anti-Maidan-Anhänger am lebendigen Leibe verbrannten, nachdem sie durch Ultrarechte schikaniert und in diesem Haus eingeschlossen wurden), sie war zahlenmäßig und in der Sache dort viel zu schwach gewesen. Wenn es nämlich in Odessa einen so massiven Widerstand wie in den Städten des Donbass gegeben hätte, wäre das alles nicht passiert. Dann hätte sich ganz Noworossija bereits nach dem Staatsstreich von 2014 von der Ukraine abgespalten und wäre entweder von selbst auf die Seite Russlands übergelaufen oder hätte ihn niedergeschlagen. (So ähnlich übrigens wie in Bolivien 2020, nach dem Putschversuch.) Dazu kam es nicht, die Opposition war zu schwach und ist natürlich inzwischen noch weiter

geschwächt. Und während sich der Durchschnittsbürger im Alltag gewöhnlich nicht sonderlich um Hintergründe von politischen oder wirtschaftlichen Ereignissen schert, so kehrt sich die Situation momentan, wenn auf seine Städte Raketen der Gegenseite niedergehen. Der erste Reflex lässt dann nur noch einen einzigen Schluss zu: Das ist ein Aggressor, das ist dein Feind.

*G.H.: Kommen wir noch einmal auf die Folgen der Konfrontation zu sprechen.*

A.C.: Die Folgen fallen insgesamt mehrheitlich natürlich negativ aus und gehen weit über den Rahmen der russisch-ukrainischen Beziehungen hinaus, auch weit über Europa. Es geht ja nicht nur um die Erweiterung der NATO, die Aufnahme von Finnland, Schweden usw.. Vielmehr wird damit endgültig das Nachkriegssystem des Völkerrechts und auch einer gewissen internationalen Moral, wenn davon noch die Rede sein konnte, zerstört. Niemand hatte sich bis dato offen dazu entschieden, bestehende Grenzen zu ignorieren, und wenn es doch jemand tat, wie beispielsweise Israel, wurde das international zumindest kritisiert. Nun aber sind sämtliche Tabus gefallen. Alle ahmen das jetzt nach, angefangen bei Trump. Der träumt vom Anschluss Grönlands, der Annexion Kanadas oder vom Panamakanal ... Oder schauen wir nach Indien und Pakistan, dasselbe Bild, ganz zu schweigen von Israels Vorgehen im Gaza-Streifen.

Das am Ende des Zweiten Weltkriegs entstandene System des Völkerrechts mit seinem Eckpfeiler, der UN-Charta, war auch zuvor schon brüchig geworden - vor allem auf Grund des Verhaltens von Washington, das es längst mehr oder weniger feierlich über den Haufen geworfen hatte. Immerhin funktionierte es aber irgendwie noch in formaler Hinsicht, wenn auch zunehmend schlechter.

In der UN-Charta wurden damals sowohl das **Recht auf nationale Selbstbestimmung** fixiert (unter marxistisch-sowjetischem Einfluss), als auch der **Grundsatz der territorialen Integrität von Staaten** (unter dem Einfluss langer politischer Tradition und der kürzlichen Kämpfe gegen faschistische Annexionspolitik). Es war erwartbar, dass **in der Anwendung auf Vielvölkerstaaten eindeutig ein Widerspruch zwischen den beiden Grundsätzen** zutage treten musste. Was für die Verteidiger eines bestehenden Vielvölkerstaates Separatismus ist, d.h. Verletzung der territorialen Integrität, kann für eine ihrer Nationalitäten der verzweifelte Versuch der Erlangung von Selbstbestimmung sein. Beide Seiten können sich dabei zu Recht auf die UN-Charta berufen, so dass eine Sackgasse entsteht.<sup>7</sup>

In Europa hatte sich eine besondere völkerrechtliche Situation ergeben: Die Grenzen Nachkriegseuropas wurden völkerrechtlich bekanntlich erst am 1. August 1975 in der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki fixiert, worin 35 Staaten einander die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen garantierten.

Zu den Hauptinitiatoren der Konferenz gehörten die UdSSR, Jugoslawien und die Tschechoslowakei, die die Anerkennung ihrer Nachkriegsgrenzen anstrebten. Anfang der 1990er Jahre nun lösten sich diese Staaten, deren Grenzen in der Helsinki-Akte (an die sich weder damals noch später jemand erinnern wollte ) garantiert worden waren, entgegen den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Unterzeichnerstaaten der Helsinki-Akte, auf.

---

<sup>7</sup> In der Praxis wurde bei der Lösung solcher Fragen in der UNO meist der territorialen Integrität der Staaten Vorrang eingeräumt. Davon gab es nur eine einzige, dafür aber sehr wichtige Ausnahme: die Dekolonisierung. Das Recht auf Unabhängigkeit von den „Mutterländern“ wurde „Hoheitsgebieten ohne Selbstverwaltung“ zuerkannt, die 1962 auf einer Liste des Sonderausschusses der UNO für Entkolonisierung standen, und nur für diese.

Eine anschaulichere Bestätigung der alten Formel kann man kaum finden: "Das Recht ist der zum Gesetz erhobene Wille einer herrschenden Klasse".

Die Grenzen der später entstandenen Einzelstaaten wurden jedenfalls, das lässt sich zumindest feststellen, als Völkerrechtssubjekte *nicht mehr auf dieselbe Weise fixiert*, wie die Grenzen der Sowjetunion oder Jugoslawiens. Nun hatte bekanntlich hatte Russland selbst seine Loslösung von der Sowjetunion proklamiert und damit *de facto* die Grenzen der Nachfolgestaaten anerkannt. Doch es konnte davon ausgehen, dass es sich bei diesen Staaten weiterhin um *seine historische gewachsene Interessensphäre* handeln musste, und zwar nicht im imperialistischen, sondern im rein völkerrechtlichen Sinn, und das hätte politisch berücksichtigt werden können und müssen. Die NATO hätte nie in diese Gebiete einrücken dürfen. Sie ist aber eingerückt, schon vor vielen Jahren, als die baltischen Republiken, selbstbestimmt und wunschgemäß, ins Bündnis aufgenommen wurden. Wenn das zulässig war, warum konnte dann nicht mit derselben Berechtigung gefolgert werden, dass der mehrheitlich russischsprachigen Bevölkerung Noworossijas wunschgemäß ebenfalls ein Recht auf Selbstbestimmung zuzugestehen war. Doch wen interessiert heute noch der Rechts- oder Völkerrechtsaspekt.

In Anbetracht der NATO-Osterweiterung, aber auch der Erfahrungen mit dem Kosovo, mit Berg-Karabach usw. sah die Führung der Russischen Föderation offenbar Gründe dafür, das Prinzip der territorialen Integrität in seiner **absoluten** Ausprägung für Europa als "juristisch null und nichtig" zu betrachten. Ich weiß zwar nicht, ob russische Amtsvertreter dieses Argument je offiziell vorgetragen haben, aber *de facto* handeln sie in diesem Sinne. Aus rein völkerrechtlicher Sicht haben sie ebenso viel oder wenig Grund, auf der **Integrität des neuen Territoriums der Russischen Föderation** zu bestehen, wie das offizielle Kiew auf der **Integrität der Ukraine innerhalb der Grenzen von 2013**. An die Vereinten Nationen zu appellieren, ist offensichtlich aussichtslos, da es sich *de facto* um einen Konflikt zwischen den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats mit Vetorecht handelt: der Russischen Föderation einerseits und den Vereinigten Staaten und ihren NATO-Verbündeten andererseits.

Niemand beachtet in diesem Konflikt das Selbstbestimmungsrecht, obwohl die militärische Konfrontation dadurch ausgelöst wurde, dass die Behörden in Kiew dieses Recht der russischsprachigen Bevölkerung der Krim und später der Republiken Donezk und Luhansk nachweislich ignorierten. Donezk und Luhansk waren die letzten, die das Thema der Selbstbestimmung zur Sprache brachten, bevor sie Teil der Russischen Föderation wurden. Es ist aber bezeichnend, dass die russische Führung eben nicht den Weg der Unterstützung von "Pufferstaaten" auf der Grundlage des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung verfolgte, wie sie es zuvor getan hatte (im Falle von Transnistrien, Südossetien und Abchasien). Moskau hat die Festlegung neuer Grenzen und deren Verankerung in der Verfassung der Russischen Föderation sogar nicht einmal bis zum Abschluss der Militärhandlungen aufgeschoben, wie es praktisch alle Länder seit langem tun. Aus moralischer Sicht kann man bedauern, dass die russische Führung damit die völkerrechtliche Grundlage ihrer Position schwächte. Aber dem liegt eben schon die allgemeine Schwächung des völkerrechtlichen Faktors in der Weltpolitik seit Verschärfung der imperialistischen Reaktion und beginnend mit der Zerstörung des Sozialismus des 20. Jahrhunderts zugrunde.

Die heutigen Ansprüche der USA, sich die Souveränität über Bodenschätze der Ukraine anzueignen, Grönland, Kanada, die Panamakanalzone und sogar den Gazastreifen zu annektieren, sowie der von der Netanjahu-Regierung durchgeführte Völkermord am palästinensischen Volk sind nur eine weitere Bestätigung.

Im Kreml wurde also wohl beschlossen, dem russischen Sprichwort zu folgen: "Mit Wölfen zu leben, heißt, mit Wölfen zu heulen": Bei gleichem Recht oder gleichem Unrecht entscheidet die Gewalt, und das ist es, was in dieser geschichtlichen Phase gerade geschieht.

Für einen Marxisten kommt das nicht völlig unerwartet. **Solange die ausgebeutete Klasse wenig Fähigkeiten zum organisierten Kampf zeigt und noch weniger Fähigkeiten, dem Weltgeschehen ihren Stempel aufzudrücken, werden internationale Fragen zwischen den "Großen" der modernen Welt auf den Schlachtfeldern oder am Verhandlungstisch entschieden, und zwar im Maße des realen Kräfteverhältnis zwischen ihnen.**

Das ist alles sehr bedauerlich und inzwischen eine so komplexe Gemengelage, aus der ich derzeit keinen progressiven Ausweg erkennen kann. Leider.

Was ich nur feststelle, ist mein Unverständnis gegenüber der Position der westeuropäischen Länder. Wie immer man auch auf das Geschehen blickt – worauf hoffen sie? Wenn sogar die USA aufgehört haben, diejenige Linie bedingungslos zu unterstützen, die sie zuvor ihren NATO-Bündnispartnern selbst aufgezwungen hatten? Worauf warten sie, wenn sogar die USA anfangen, mit Russland zu verhandeln – abgesehen davon, dass noch unklar ist, wohin das führt – doch müssten doch die westeuropäischen Länder gerade deswegen selbst ohne weiteren Zeitverlust die Initiative zu eigenen analogen Verhandlungen ergreifen! Dazu hatten sich als Vermittler seit längerem mehrere Staaten angeboten, China, Brasilien, Südafrika. Möglichkeiten dazu gab und gibt es. Stattdessen – immer wieder gewisse infantile Verlautbarungen vom Kampf bis zum siegreichen Ende, von der Aufrüstung Europas, von einer eigenen europäischen Armee. All das ist hier schwer nachvollziehbar.

*G.H.: Und was hältst du von gewissen Hoffnungen auf Trump als Deal-Maker für ein Kriegsende?*

A.C.: Das ist sogar der mich am meisten alarmierende Aspekt. Bei diesen Deals könnte es zu politischen Zugeständnissen kommen, die für unsere wirklichen Bündnispartner und Freunde tödlich und auch für Russland extrem negativ ausfallen würden. Das befürchte ich, bisher ist es dazu noch nicht gekommen, mit einer Ausnahme:

Verdächtig war für mich von Beginn an in diesem Zusammenhang, was Ende letzten Jahres in Syrien geschah. Dort befanden sich russische Militärbasen - seinerzeit hatte Russland die wichtigste Rolle bei der Zerschlagung des extremistischsten Flügels der islamischen Fundamentalisten in Syrien, des IS, übernommen. Als aber ein anderer Flügel dieses islamischen Fundamentalismus seine Offensive auf Damaskus begann, gab es von russischer Seite her keinerlei Reaktion, mit Ausnahme der Aufnahme der geflohenen Assad-Familie. Das alles passierte nach dem Wahlsieg Trumps, vor seiner Inauguration und wohl darauf spekulierend, dass mit ihm Verhandlungen über die Ukraine beginnen könnten.

War das womöglich schon der Beginn weiter reichender Zugeständnisse? Ich habe keine Beweise dafür, aber die Sorge steht im Raum. Am meisten betrifft sie natürlich unsere lateinamerikanischen Freunde in Kuba, Venezuela, Nicaragua. Obwohl es noch keine klaren Symptome gibt, ist zu erwarten, dass Washington mit entsprechend erpresserischen Forderungen herausrückt. Ob dann die russische Führung genügend Festigkeit, Prinzipientreue, Verantwortungsbewusstsein gegenüber den eigenen Verbündeten in der heutigen Welt an den Tag legen wird?

Und sind die Positionen dieser Führung überhaupt noch fest genug innerhalb des Landes und innerhalb der herrschenden Klasse? Das alles wissen wir nicht.

Es kann einen jedenfalls nicht kalt lassen, wenn **Trump** ganz offen verkündet, dass es zu

seinen Zielen gehört, **Russland und China gegeneinander auszuspielen**. Der wichtigste strategische Gegner der USA sei China, nicht Russland. Hier scheint jemand eine Situation wiederaufleben lassen zu wollen, wie sie durch das Anheizen des sowjetisch-chinesischen Konflikts in den 1960-1970er Jahren durch Washington schon einmal entstanden war. Dieser Konflikt spielte damals eine nicht unwesentliche Rolle beim Untergang der UdSSR, beim Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems. **Würde das erneut versucht werden, würde Russland seinerseits zum Schlachtfeld zwischen China und dem US-NATO-Block werden. Ein schrecklicheres Szenario kann es für unser Land nicht geben**, davon bin ich überzeugt. Das wäre dann nicht ein Ukraine-Krieg, nicht ein Afghanistan-Krieg, sondern etwas weitaus Furchtbareres.

Die ganze Hoffnung liegt natürlich noch bei einem minimalen Sieg der Vernunft. Die Anreise von Präsident Xi Jinping zum 9. Mai 2025 nach Moskau, die wegen des aktuellen Pakistan-Indien-Konflikts doch nicht abgesagt wurde, wie ich zuvor befürchtet hatte, sein Empfang auf höchster Ebene und die vertraulichen Verhandlungen mit Putin säen zumindest Grund für **gebremsten Optimismus, dass Russland und China ihre Interessen miteinander ausbalancieren könnten und beide in einen Dialog mit Washington treten. Der ist absolut unverzichtbar, er muss gefunden werden, ein Ausweg kann nicht in weiterer militärischer Eskalation oder gar im Kreuzzug gegen die chinesische Bevölkerung gesucht werden.**

Ein solcher Konflikt wie der unlängst zwischen Indien und Pakistan an der Südgrenze zu China ausgebrochene hat gerade noch gefehlt. Es gab dort früher immer wieder Spannungen und Terroranschläge, aber seitdem beide Staaten Atommächte geworden waren, noch nie einen so heftigen militärischen Zusammenstoß wie jetzt. Indien beantwortet einen Terroranschlag mit einem Raketenschlag gegen Pakistan, Pakistan droht als Antwort mit der Atombombe: Wenn man auf jeden Terrorakt so überreagieren würde, wäre die Welt schon längst in einem weltweiten Atomkrieg untergegangen.

*G.H.: Wie hoch ist aus deiner Sicht die Wahrscheinlichkeit, dass der Ukraine-Konflikt atomar eskalieren könnte?*

A.C.: Dies könnte m.E. jederzeit als tragische Folge eines Zufalls passieren. Noch aber gibt es den heißen Draht zwischen Moskau und Washington, der nach der Kuba-Krise eingerichtet wurde. Im Falle eines ungewollten Zufalls würde noch die Möglichkeit bestehen, vor Auslösung des entsprechenden Knopfes die Situation mit der anderen Seite zu klären und nach einem Ausweg zu suchen. Niemand kann heute wirklich an einer solchen Zuspitzung Interesse haben.

Ich halte es für nötig, gerade auch hier die Begriffe zu schärfen und zu unterscheiden zwischen einem allgemeinen, totalen Atomkrieg und einem Weltkrieg. Im Verlaufe mehrerer Jahrzehnte galten diese Begriffe als nahezu identisch. Heute müssen sie unterschieden werden.

Denn im Zusammenhang mit dem neuen technologischen Qualitätssprung, zu dem insbesondere auch diese Kampfdrohnen gehören, aber auch mit den Computertechnologien überhaupt, die allorts große Sabotagemanöver in den Kommunikationsnetzen verursachen können, scheint es heute durchaus möglich, einen großangelegten Krieg, ja einen Weltkrieg zu entfesseln und seine Ziele zu erreichen, ohne im totalen Atomkrieg zu enden. Selbst wenn es zu einzelnen Anwendungen von taktischen Atomwaffen in regional begrenzten Konflikten käme, wovor uns das Schicksal behüten möge, wäre das nicht gleichzusetzen mit einer nuklearen Eskalation. Bisher hat sich jedenfalls noch niemand dazu entschlossen, weder Israel, noch Iran, Pakistan, Indien oder wer auch immer. Wir wollen fest daran glauben, dass

auch das niemals passiert, doch selbst wenn, wäre es nicht gleichzusetzen mit der atomaren Apokalypse.

Das darf uns aber keineswegs beruhigen, denn es heißt eben nicht, dass es keinen Weltkrieg in neuer Form geben kann. Dessen destruktive Folgen für die Bevölkerungen würden vielleicht nicht die totale Vernichtung bedeuten, aber doch unendlich schwer zu ertragen sein. Dass so eine Perspektive für die Menschheit überhaupt immer noch real besteht, ist das eigentlich Furchtbare.

*G.H.: Warum tut sich Russland so schwer, sich auf einen 30-tägigen Waffenstillstand einzulassen?*

A.C.: Ich denke, dass das nur zum fortgesetzten abwechselnden Bruch der Waffenruhe durch die eine oder andere Seite führen würde.

Wir hörten in diesen Stunden, wie die ukrainische Seite aus Anlass des 9. Mai dazu anstachelte, einen nachhaltigen Schlag gegen Moskau zu führen. Selenskis Drohungen, es während der Siegesfeier allen zeigen zu wollen und letztlich mit dieser ganzen dort zu erwartenden Führungsriege der Welt abzurechnen – immerhin versammeln sich dort ja keine ganz unbedeutenden Vertreter – lassen eine rein terroristische Position erkennen. Niemand aber beschuldigt oder sanktioniert ihn wegen Förderung des internationalen Terrorismus, eigentlich merkwürdig.

Für einen Waffenstillstand jedenfalls wird eine Art minimal vorauszusetzendes wechselseitiges Vertrauen darauf benötigt, dass sich auch die andere Seite an die Vereinbarungen hält. Davon ist man heute weit entfernt, ich denke, deswegen lässt sich niemand darauf ein.

Doch kennen wir weder die genauen Details und Umstände dieser Situation, noch wissen wir, welcher Art und welchen Ausmaßes die reale militärische Präsenz und Aktivität von NATO-Staaten in der Ukraine ist, in welchem Maße diese Kriegsmaschine überhaupt noch von Kiew beeinflusst wird. Daher kommt es eben darauf an, nicht so sehr mit Kiew, als mit den USA in Verhandlungen zu treten, so wie einst im Vietnam-Krieg mit den USA selbst und nicht mit ihren Saigoner Marionetten verhandelt wurde. Das ist nicht erfreulich, aber so ist die Lage.

Für die USA selbst stand sicherlich auch als unmittelbare Ziel ihres ganzen Engagements zur Schwächung Russlands im Vordergrund, sich dadurch die Europäische Union, die europäischen NATO-Partner vollständig gefügig zu machen. Das haben sie nun nahezu erreicht. Auch wenn Trump etwas von dieser Linie abzuweichen scheint, so möchte er doch ganz offensichtlich das bisherige Selbstverständnis der EU als eigenständiges politisches Subjekt endgültig brechen, möchte erreichen, dass sie sich den Verlust dieser Eigenständigkeit eingestehen und sich vollständig dem Diktat der USA unterwerfen. Da wird abwechselnd mit Zöllen gedroht oder mit der möglichen Auflösung der NATO, da tauchen im Gegenzug Gleichsetzungen mit dem „schrecklichen Putin“ auf ... Beim gegenwärtigen Stand derartiger Beziehungen zwischen den USA und der EU scheint die Ausrichtung einer allgemeinen Friedenskonferenz mit allen Beteiligten wenig wahrscheinlich.

Wenn die EU eine eigene politische Initiative erkennen lassen würde, wenigstens vorschlagen würde, parallel in Verhandlungen einzutreten, dann ließen sich vielleicht solche Verhandlungen unter einem Dach vereinen, aber noch sieht es nicht danach aus.

*G.H.: Über die eigentlichen Kriegsziele der russischen Führung herrschte in den europäischen Medien ein munteres Rätselraten, im Verein mit den abenteuerlichsten Unterstellungen, was*

*natürlich der restlosen Desorientierung der Bevölkerung dient und den gleichzeitig massiven NATO-Aufrüstungsmaßnahmen alle Tore öffnet ...*

A.C.: All das ist natürlich sehr bedauerlich. Zu Beginn wurde offenbar auf einen Umsturz in Kiew gesetzt. Doch war ja auch zu diesem Zeitpunkt nicht anzunehmen, dass die Russische Föderation unverzüglich die gesamte Ukraine überrennen würde oder auch nur könnte.

Ähnlich lief das übrigens damals in Georgien ab.

Scheinbar hatte man sich „auf einen vergangenen Krieg vorbereitet“, wie das leider häufig vorkommt. Hier handelte es sich aber um einen ganz anderen, neuen Krieg, die Rechnung ging nicht auf.

Andere Ziele als die „Denazifizierung und Demilitarisierung der Ukraine“ wurden offiziell nie verkündet.

Nun wurde aber durch die voreilige Aufnahme der (nicht einmal vollständig besetzten oder kontrollierten) Gebiete Noworossijas in den Bestand der Russischen Föderation ein Hindernis für eine beliebige Friedensvereinbarung geschaffen. Denn das würde ja bedeuten, dass die Ukraine und der ihr beistehende Westen ihre Niederlage eingestehen müssten, eindeutig und bedingungslos. Lässt das das Kräfteverhältnis in der gegenwärtigen Welt wirklich zu?

Putin musste ja bereits etwas von seiner Position abrücken, durch die teilweise Aufgabe von Cherson und seine Rückgabe an die Ukraine vor anderthalb Jahren, während Saporoshje als Hauptstadt des anderen beanspruchten Gebietes überhaupt nicht erobert werden konnte ...

So etwas hat die Geschichte übrigens noch nicht gesehen: Regionen, die einem Staat zugeschlagen werden, ohne zuvor vollständig erobert worden zu sein. „Normalerweise“ finden Verhandlungen zu Waffenruhe und Friedensschluss nach Abschluss solcher Eroberungen statt und nicht vorher.

Am wahrscheinlichsten ist es wohl anzunehmen, dass es an einem politischen Konsensus innerhalb der russischen Führung, oder weiter gefasst, innerhalb der herrschenden Klasse in Russland, fehlt, weshalb eine klare politische Zielbestimmung in diesem Konflikt nicht zustande kommt. Um ein Bild aus einer von Krylows Fabeln anzuwenden, der Fabel von Schwan, Hecht und Krebs: „der Schwan nimmt aufwärts seinen Flug, der Krebs keucht rückwärts, und der Hecht strebt in die Welle“. <sup>8</sup> Vielleicht sieht es ganz ähnlich aus: Die einen streben nach Wiederherstellung einer Union in neuem Gewand, die anderen nach Rückkehr zu Beziehungen zum Westen, wie sie unter Jelzin gepflegt wurden und die dritten nach Souveränität Russlands. Heraus kommt eine ziemlich absurde Resultante dieser Interessen-Vektoren.

*G.H.: Was ist bekannt über die Soldaten als unmittelbare Akteure und Betroffene der Kampfhandlungen?*

Bekanntlich kämpfen dort Vertragsarmeen. Bisher hatte es in Russland noch nie eine Söldnerarmee von diesem Ausmaß gegeben. Jetzt gibt es sie. Das beunruhigt.

Söldnerarmeen spielten in der Geschichte in der Regel nie eine gute Rolle. Es erklärt sich wohl aus den Erfahrungen des Afghanistan- und des Tschetschenienkrieges, denn als man dort eine bestimmte, recht begrenzte Zahl von Wehrdienstleistenden eingezogen hatte, rief das großen Unmut in der Bevölkerung hervor, Soldatenmütter schlossen sich zusammen, Petitionen wurden verfasst, und um das alles zu umgehen, entschloss man sich zu diesem Weg. Mögen professionelle Kämpfer kämpfen. Das beschränkt natürlich die Möglichkeiten,

---

<sup>8</sup> Vgl. <https://www.projekt-gutenberg.org/krylow/fabeln/chap043.html>

die Dimension der Militäroperation war daher von Beginn an begrenzt, auch das konnte überall gesehen werden.

Der Krieg vollzieht sich zum großen Teil als Stellungskrieg. Die Befreiung irgendeines Dorfes galt lange als Ereignis. Drei Jahre lang verlief der Krieg um fast ein und dieselben Positionen dort.

In militärischer Hinsicht passiert einiges Ungewöhnliches, der technische Charakter des Krieges hat sich verwandelt. Erstmals in der Geschichte kommt es zum Masseneinsatz von Drohnen. Zuvor galten sie nur als wahlweise eingesetzte terroristische Hilfsmittel für den Anschlag auf besonders ausgewählte menschliche Ziele, wie z.B. auf General Suleimani im Iran o.ä.. Inzwischen aber haben wir es mit einer Waffe zu tun, die massenhaft eingesetzt wird, zunächst von ukrainischer Seite, dann von beiden. Russland beschafft sie sich inzwischen auch aus dem Iran und China.

Seinerzeit konnte der Ausgang des sowjetischen Afghanistankrieges durch eine neue Waffengattung durchaus beeinflusst werden, dieser Krieg und sein Ausgang gehören ebenfalls zu den Faktoren für den Zusammenbruch der UdSSR. Als Reagan die Politik der „vielen Vietnam“ auf amerikanisch verkündete, begann er zeitgleich den aufständischen Mudschaheddin Stinger-Raketen zu liefern - auf den Schultern tragbare Klein-Raketen, mit denen sich immerhin Kampfhubschrauber abschießen ließen, so dass seitdem die Zahl der sowjetischen Verluste in die Höhe schnellte. Wäre der Krieg noch länger fortgesetzt worden, hätten wir wohl nicht 13 000 Menschenleben beklagen müssen, sondern mindestens so viel, wie die USA im Vietnamkrieg, über 50 000. Das konnte die Sowjetgesellschaft offensichtlich nicht hinnehmen. So etwas kann auch jetzt wieder passieren.

Die Opferzahlen sind schwer zu schätzen, niemand verrät reale Zahlen. Die eigenen Verluste werden verschwiegen, die der Gegenseite übertrieben...

Wer natürlich immer gewinnt dabei, ist die Rüstungsindustrie.

*G.H.: Mit der Behauptung eines in vier bis fünf Jahren zu erwartenden russischen Angriffskriegs gegen den Westen wird derzeit in Europa Stimmung gemacht und massiv aufgerüstet.*

A.C.: Woher sie das alle nur nehmen. Noch einmal: Russland führt diesen Krieg als Abwehrkampf und auf einem Gebiet, das es in gewisser Weise für sein eigenes bzw. verwandtes Gebiet hält, und das sich in völkerrechtlicher Hinsicht vom übrigen Europa unterscheidet. Moskau hat gute Gründe, die ehemalige Sowjetunion (mit Ausnahme des hundertprozentigen NATO- und EU-Baltikums) als Teil seines "Sicherheitsgürtels" zu betrachten, und dies wurde bis vor kurzem sogar von den NATO-Ländern anerkannt. Solange die Helsinki-Akte von 1975 noch wenigstens einen Schatten völkerrechtlicher Legitimität besitzt, kann von einem Verstoß Russlands gegen sie nicht die Rede sein, denn es agiert innerhalb des postsowjetischen Territoriums; jenseits davon wäre es eine andere Sache, und sie würde unmittelbar die Gefahr einer nuklearen Katastrophe bergen. Es ist schwer vorstellbar, dass dieser Rubikon von russischer Seite aus überschritten werden könnte.

**Weder die wirtschaftlichen und militärischen Fähigkeiten der Russischen Föderation und die dem Atomzeitalter zugrunde liegenden Realitäten, noch die Beteiligung des russischen Kapitalismus an der globalen kapitalistischen Arbeitsteilung erlauben es ihr, eine Invasion Westeuropas auch nur ins Auge zu fassen.**

Die westliche Bedrohungsangst aber wurzelt in vielen alten Legenden. Z.B. gab es die Legende vom zaristischen Russland als „Gendarm Europas“, obwohl es damals nur ein einziges Mal diese Gendarmen-Rolle jenseits der Grenzen seines Reiches ausübte, und zwar 1849 für sehr kurze Zeit gegen Ungarn. Noch weiter zurückliegende Wurzeln dieser Ängste fallen in die Zeit des Livländischen Krieges von Iwan dem Schrecklichen. Überall in Europa, der Buchdruck war gerade erfunden, tauchten Druckerzeugnisse und Flugschriften auf, auf denen Iwan der Schreckliche als Kannibale dargestellt wurde, der morgen vor der Tür stehen wird und samt seiner Kosaken und Tartaren zum Frühstück, Mittag und Abendbrot zivilisierte Europäer zu verspeisen gedenkt. Solche über Jahrhunderte im Unterbewusstsein mitgeschleppten Geschichten sind leider immer genauso irrational wie zählebig ... Den einen flößte die schiere Größe des Landes Angst ein, den anderen die fremde Lebensweise (so musste die russische Bevölkerung in etwas härterem Klima überleben und daher ihr Schicksal geduldiger ertragen lernen), und selbst rassistische Unterstellungen scheinen unausrottbar, wenn man an die französische Redewendung denkt: „Kratzt man am Russen, kommt der Tatar zum Vorschein“.

In der Tat hinterließ die Mongolenzeit historische Spuren, doch das primitive Verständnis von Spießern konstruiert daraus eine unüberbrückbare Dichotomie zwischen dem Eigenen und dem Fremden. Wer nicht zu uns gehört, ist fremd und allein deswegen zu fürchten und zu bekämpfen.

Auch die historisch lange Fortexistenz der zaristischen Selbstherrschaft mag eine Rolle spielen, sie unterschied sich durchaus vom europäischen Absolutismus. Letzterer stützte sich immerhin noch auf gewisse, wenn auch beschränkte und den Monarchen untergeordnete Ständevertretungen und Repräsentativorgane. Die russische Selbstherrschaft war gleichsam ein Klon von Byzanz, dem despotischsten Staat im Mittelalter überhaupt. Ein solches Ausmaß an Despotismus gab es entgegen anderer Legenden weder im Osmanischen Reich noch in China, in denen die despotische Macht in gewissem Maße ebenfalls durch andere Strukturen beschränkt wurde. Und selbst in Byzanz konnte die orthodoxe Kirche noch geringfügigen Einfluss auf die Despotie nehmen, obwohl sie ihr unterworfen war, anders dagegen in Russland: Hier hatte die Staatsmacht auch die Kirche total geschluckt. Natürlich konnte das alles angsteinflößend wirken.

*G.H.: Inzwischen haben wir es mit der direkten Fortsetzung dieser Tradition zu tun: An die Stelle der zaristischen Selbstherrschaft ist Putins „Autokratie“ als Schreckgespenst für die Europäer getreten.*

A.C.: Ja, der Begriff stammt aus Byzanz. Die Furcht davor wuchs in den vergangenen Jahren ins Unermessliche, offenbar nach der Niederlage der bürgerlich-liberalen, prowestlichen Opposition seit 2012, als bestimmte Führungsfiguren wie Nemzow oder Nawalny unter unklaren Umständen zu Tode kamen ... Dass da Putin seine Hände im Spiel gehabt haben soll, überzeugt mich wenig, der hatte das gar nicht nötig. Diese Oppositionellen waren ziemlich schwach aufgestellt und stellten keine wirkliche Gefahr für ihn dar.

Wahrscheinlicher ist es, eine andere Kraft dahinter zu vermuten. Wir wissen, wessen Geheimdienste über die größten Erfahrungen in solchen Angelegenheiten verfügen. Wie auch immer, es fügt sich alles bestens in die eine Legende (und die byzantinische Tradition selbst) ein: „Immerzu wird bei denen jemand erschossen oder vergiftet“ ...

*G.H.: Die Leute aber trauen sich nicht mehr zu Protesten auf die Straße, weil sie mit Konsequenzen eines solchen Regimes rechnen, noch dazu eines mit KGB-Tradition ...*

A.C.: Für einige mag das zutreffen.

Ich möchte aber noch auf einen anderen Umstand hinweisen:

Folgt man gewissen Einschätzungen in den sozialen Medien, lief in Russland während dieser drei Kriegsjahre eine Entprivatisierungswelle an. Ein nicht unerheblicher Teil privater Industrieunternehmen sind inzwischen unter staatliche Kontrolle gestellt. Zugleich lässt sich eine - unter den Bedingungen einer solchen Militäraktion und der schon zuvor eingeleiteten westlichen Wirtschaftssanktionen - recht erstaunliche, stabile Wirtschaftslage registrieren. So etwas hat es in der Geschichte bisher nicht gegeben. Auch die Versorgungslage der Bevölkerung, vor allem in Großstädten, ist stabil. Das unterscheidet sich grundsätzlich z.B. von den Zeiten des Vietnamkriegs der USA oder des Afghanistankriegs der UdSSR, als es damit ganz anders bestellt war. Und das trotz der immensen Ausgaben für diesen militärischen Konflikt und trotz immer neuer Sanktionspakete, die Russland auferlegt werden – so etwa hat die Geschichte bisher noch nicht gesehen.

Meine erste Hypothese zu den Gründen der wirtschaftlichen Stabilität:

Wenn wirklich gerade so etwas wie eine Entprivatisierung gelingen sollte, könnte das daher rühren, dass Russlands Wirtschaft lange Zeit noch viele Strukturen der sowjetischen Wirtschaft konserviert hatte. Dieser war privates Eigentum ohnehin nie adäquat: Mit den überstürzten „Liberalisierungs-Maßnahmen“ in den 1990er Jahren wurden künstlich dem schon erreichten Vergesellschaftungsgrad der Produktion (infolge Gesamtplanung und vielschichtiger Vernetzung der Produktivkräfte) der Sowjetepoche wieder die primitiveren Produktionsverhältnisse privater Aneignungsprozesse übergestülpt. Wenn man das Privateigentum durch Verstaatlichung z.B. infrastrukturell oder rüstungstechnisch relevanter Unternehmen nun wieder einhegen will, erhofft man sich offensichtlich einen raschen Anstieg der Arbeitsproduktivität, die Vermeidung von Verlusten, die Mobilisierung neuer Möglichkeiten für die Wirtschaftsentwicklung, und wohl auch eine gewisse Steigerung des Lebensniveaus der Bevölkerung. Offensichtlich war auch die Abhängigkeit der russischen Wirtschaft vom Westen doch noch nicht dermaßen hoch, dass die Sanktionen alles mit sich in den Abgrund hätten reißen können. Die Abhängigkeit befand sich vielmehr auf einem solchen Niveau, dass man bei entsprechendem politischem Willen sie schon längst ohne große wirtschaftliche Einbußen hätte verringern können. In Lateinamerika dagegen ist das nicht mehr möglich. Dort gibt es bereits einen solchen Grad der wechselseitigen Durchdringung der Wirtschaften und Kapitale, dass US-initiierte Sanktionen dort stets ruinös auswirken. Bei uns passierte das bisher nicht.

Meine zweite Hypothese zur wirtschaftlichen Stabilität: Offenbar hat die russische Führung vielfältige Möglichkeiten zur Umgehung dieser Sanktionen gefunden. Das betrifft übrigens nicht nur Russland, sondern auch andere Länder, die über lange Jahre mit westlichen Sanktionen überleben lernen mussten, wie Iran, Venezuela, partiell auch Kuba, die KVDR. Sie alle mussten Erfahrungen sammeln, wie sie die Sanktionen oder, schlimmer noch, die Wirtschaftsblockade umgehen können. Putin, der aus dem Geheimdienst hervorgegangen ist, kann sich sicher in mancher Hinsicht noch auf seine dortigen Verbindungen stützen. Über die gesamte Sowjetepoche hinweg hatten sich insbesondere auch Geheimdienstabteilungen dieser Herausforderung annehmen müssen, womit sie auf ihre Weise zur Suche nach Wegen zur Umgehung von wirtschaftlichen Beschränkungen aller Art beitrugen.

Wenig beachtet wurde bisher, dass unlängst die Vereinigten Arabischen Emirate als BRICS-Mitglied aufgenommen – das weltweit größte Offshore-Zentrum, ein asiatisches „Panama“; noch 2020 unter der ersten Trump-Präsidentschaft nahmen sie diplomatische Beziehungen

zu Israel auf und schlossen ein Friedensabkommen mit ihm.

Mir drängt sich die Vermutung auf, dass es in den Weltwirtschaftsstrukturen ein verborgenes Schattennetz geben muss, eine gewisse Grauzone, die es ermöglicht, die erwähnten Sanktionen zu unterlaufen oder so zu kontrollieren, dass es diesem Netz selbst zugute kommt. Vermutlich gibt es innerhalb des internationalen Finanzkapitals Kreise, die dort gewisse Grenzen des Zulässigen mitbestimmen: Verstaatlicht ruhig Teile eurer Wirtschaft, so lange ihr wollt, aber wagt euch nicht, unsere makroökonomische Finanzpolitik zu behindern, sonst zeigen wir euch, was echte Sanktionen sind! Womöglich würde der Russischen Föderation in dem Moment, da es ihr gelänge, durch Entprivatisierung mit der Industrieproduktion auch ihre ökonomische Unabhängigkeit signifikant zu stärken, ein so herber Hieb versetzt und sie einer so umfassenden Blockade ausgesetzt werden, dass sie sich davon nie wieder erholen könnte – was alle zu wissen scheinen. So etwas ist sogar einmal Frankreich passiert, als Francois Mitterand 1981 die Präsidentschaftswahl gewann und im Verlaufe nur eines Jahres ein vergleichbarer Wirtschaftskrieg gegen Frankreich und Mitterands radikales Umbau-Programm entfesselt wurde: Er hatte umfassende und teilweise fast sozialistisch klingende Maßnahmen zur Nationalisierung von Schlüsselindustrien und Banken eingeleitet. Danach verlief alles im Sande. Von dieser Einflusskraft war das moderne transnationale Kapital schon damals, was droht da erst heute?

Dass sich die russische Wirtschaft weiterhin stabil zeigt, hatte ich, ehrlich gesagt, nach der Erfahrung anderer Länder, so nicht erwartet, ein schneller Zusammenbruch schien mir wahrscheinlicher. Das war wohl ein Irrtum.

Was noch zu ergänzen wäre, ist das Fehlen einer wirklichen ernstzunehmenden innenpolitischen Regime-Opposition in Russland. Womöglich sammeln sich solche Kräfte gerade im Hintergrund, auf der öffentlichen Bühne gibt es sie jedenfalls bisher nicht. Das hängt natürlich mit der siebzigjährigen Sowjetvergangenheit zusammen. Hier waren antagonistische Klassen beseitigt worden, damit letztlich aber auch Traditionen aktiver sozialpolitischer Kämpfe verloren gegangen, hier hatten sich Verhältnisse des Paternalismus in der Gesellschaft eingenistet, so dass aufgrund dieses Erbes in Russland, selbst im Vergleich mit den anderen Sowjetrepubliken, mit der Ukraine, mit Weißrussland, mit Transkaukasien, bisher keine Massenbasis für eine linke oder rechte Opposition entstanden ist. Auch das begünstigt es natürlich, dem Druck von außen standzuhalten. Dieser Druck von außen kann sich scheinbar keiner ordentlichen „fünften Kolonne“ bedienen, wie andernorts, kann sich nicht mal auf eine klassenmäßige Opposition stützen, wie das noch in früheren Kriegen möglich war.

Ich will es nochmal zusammenführen: Aus meiner Sicht sah Putins Regime auch in wirtschaftlicher Hinsicht keine andere Möglichkeit, als die Entprivatisierung anzustoßen, die Wege der Sanktionsumgehung auszubauen, endgültig mit der inneren Opposition aufzuräumen - und nahm dafür einen Krieg gegen das ukrainische Regime in Kauf. Noch vor zwanzig oder auch vor fünf Jahren gab es solcherlei Möglichkeit nicht. Es darf nicht vergessen werden, dass dieses Regime ein antisowjetisches ist, das aus der Zerstörung des Sowjetordnung hervorgegangen ist, auf dem Wege der Diskriminierung der gesamten sowjetischen Vergangenheit. Dieses Regime ist von seinen Wurzeln her selbst ein separatistisches: Die Sowjetunion wurde nicht von ihren Rändern her zerstört, wie es beim Zerfall sonstiger Großreiche üblich war, sondern Jelzins Russland selbst hatte sich zuerst von der Sowjetunion losgesagt - das Zentrum hatte sich von seiner Peripherie getrennt! Vergleichbar ist das höchstens mit solch reaktionären Prozessen in der Geschichte, wie der

Loslösung der Südstaaten Amerikas im Zuge des Bürgerkrieges, oder Mandschukuos von China, Südvietnam von Nordvietnam etc..

Dass aber ein Staat von solcher Herkunft auf solche Weise dennoch überlebt - das ist etwas Unikales in der Geschichte. Das lässt sich nur erklären mit der grandiosen Dimension unserer revolutionären und nachrevolutionären Entwicklung. Das heißt, die Gesellschaft hatte sich bereits so stark gewandelt, dass selbst ungeachtet der reaktionären Herkunft dieses Nachfolgestaates Russland, selbiger letztlich nicht den Weg eines separatistischen Marionettenstaates einschlug, was seine Wurzeln nahegelegt hätten, sondern zumindest in den letzten Jahren einen eher chinesischen Pfad einschlug, obgleich in geringerem Maße. China geht ihn jedoch unter der roten Fahne, China hält ihn für eine Fortsetzung der Revolution und negiert diese keineswegs, während in Russland das Gegenteil der Fall ist. Doch sind die wirtschaftlichen und politischen Unterschiede in der Entwicklung dieser beiden Länder offensichtlich geringer, als es scheint. Es gibt sie, aber sie sind nicht so groß. In China sind Politik und Ideologie linker als die ökonomische Basis, in Russland rechter. Die Basis selbst unterscheidet sich dagegen nur graduell. Viel stärker unterscheidet sich die ökonomische Basis beider Länder von allen Formen des „normalen“ globalen Kapitalismus der Gegenwart, also viel stärker von diesem als voneinander. (Mit Ziffern kann ich das bisher nicht belegen, ich verfüge nicht über die nötigen statistischen Vergleiche, auf die man sich stützen müsste, aber methodisch führt mich der Gang der Ereignisse zu dieser Vermutung.) Der durchaus noch starke Privatsektor wird inzwischen organisch in Planungsprozesse eingebunden, zumindest strebt man wohl hier in Russland danach, nach Chinas Vorbild. Putins Riege scheint sich auf Chinas Erfahrung und Kooperationsbereitschaft stützen zu wollen.

Um diesen Weg auch politisch einschlagen zu können, wurde kein anderer Weg als die Spezialoperation in der Ukraine gesehen. Andernfalls hätte man weder das westliche Kapital herausdrängen und damit die innere bürgerliche Opposition, aber auch die Reste der linken Opposition zurückdrängen können, noch eine solche strategische Partnerschaft mit China erreicht – ohne selbst eine echte Klassenbasis zu haben, ohne eine echte regierende Partei zu haben, dafür die durch Antisowjetismus vergifteten Generationen vor Augen.

All das glaubte man auf keine andere Art als durch Krieg lösen zu können, durch einen Krieg, der für Russland noch mit vergleichsweise wenig Blutzoll abgeht und der zudem in der Wahrnehmung der Mehrheit russischer Menschen irgendwie gerecht zu sein scheint.

Will die russische Führung nun in Verhandlungen mit Trump eintreten, wird sie sich einer großen historischen Prüfung unterziehen müssen. Einer sehr ernsten Prüfung. Entweder besteht sie diese oder nicht. Käme es in der Ukraine zu einem Machtwechsel und würde jemand anders als Selenski diese Verhandlungen führen können, der dermaßen durch die ganze vorangegangene Tragödie und zahlreiche Verbrechen belastet ist, und könnten neben den USA auch die europäischen Ländern in diese Verhandlungen eingebunden werden – dann ließe sich vielleicht noch ein Ausweg finden. Doch halte ich das für wenig wahrscheinlich, angesichts dessen, was in Washington und in Westeuropa gerade passiert. Dazu die völlige Unselbständigkeit der Ukraine ...

Schwer zu durchschauen ist, inwieweit inzwischen ein politischer Konsens in der regierenden Klasse Russlands gefunden wurde, inwieweit sie als einheitliches Ganzes handlungsfähig ist, ohne lediglich einen weiteren inneren Machtkampf auszutragen, und welche politischen Möglichkeiten wirklich bestehen - das alles lässt sich schwer einschätzen.

Die Trump-Administration ihrerseits versucht mit allen Mitteln, Bidens Vorgänger-Regierung zu dämonisieren, die fest mit der Ukraine verbandelt war. Sie wäre wohl durchaus froh,

Selenski endlich loszuwerden, womit sie ein weiteres Mal die Demokraten unter Biden mit Dreck besudeln und anschwärzen könnten. Doch so ein Akt insgesamt ist schwer vorstellbar: Dann müssten auch im Westen alle zurücktreten, die seinerzeit an der Macht waren, in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, ungeachtet des Brexits ...

Trump hat sich zudem von allen Seiten umgeben mit einer ultrarechten neuen Generation (im Unterschied zu seiner ersten Präsidentschaft), mit Vizepräsident Vance, Elon Musk, Staatssekretär Rubio, die schon permanent Trumps Versprechungen hinsichtlich seiner guten Beziehungen zu Putin desavouieren. Ob überhaupt und in welchem physischen Zustand Trump das Ende seiner Präsidentschaft überleben wird, halte ich für ungewiss. Würden wir dann womöglich einen Präsidenten Vance erhalten, wäre ein weiterer Rechtsruck zu erwarten, hin zu einer echten neofaschistischen Diktatur. Man schaue sich nur an, welcher radikaler Personalaustausch sich in Washington jetzt schon vollzieht ....

In außenpolitischer Hinsicht sind diese jüngeren Akteure im Unterschied zu Trump absolut feindlich gegen Russland eingestellt, nicht weniger aggressiv als Bidens Mannschaft. Sie treten gegenüber China eher noch konfrontativer als Trump auf. Für sie ist eine wie auch immer geartete Unabhängigkeit Lateinamerikas absolut inakzeptabel, sie sind militante Israel-Verteidiger und haben mit der Ausrottung des palästinensischen Volkes kein Problem. Sie sind gegen jegliche Unabhängigkeit der arabischen Länder und sie bekämpfen den Iran. Es lässt sich vermuten, dass auch der gerade aufflammende Konflikt zwischen Indien und Pakistan nicht ganz ohne ihr Zutun zustande kam. Subjektiv gesehen, würde ich sie wirklich als echte Neofaschisten, sogar Neonazis bezeichnen. In Elon Musks südafrikanischer Familiengeschichte finden sich zahlreiche Hinweise auf langjährige rassistische und antikommunistische Motive ihrer politisch-ideologischen Aktivitäten und Verbindungen zu rechtsextremen Organisationen, denen sie nach Kräften zur Macht verhelfen wollen ...

Allerdings gibt es bisher in der Geschichte noch keine Beispiele für die Etablierung eines faschistischen Regimes ohne eine unmittelbar drohende Revolution seitens radikaler Linkskräfte mit ernst zu nehmender Massenbasis. 1933 hatte es in Deutschland zwar keine direkte Revolutionsgefahr gegeben, aber ein unaufhaltsames Anwachsen der Kommunistischen Partei, eine starke Arbeiterbewegung etc.. Solche Faktoren gibt es zur Zeit weder in den USA noch sonst irgendwo, es sollten sich daher eigentlich auch keine faschistischen Regimes etablieren, obwohl es faschistische Bewegungen gibt. Aber vielleicht gelten heute dafür längst andere Voraussetzungen. Vielleicht hat die Krise der spätkapitalistischen Gesellschaft, ihrer Wirtschaft, ihres sozialen Lebens heute eine solche Stufe erreicht, die vielleicht neofaschistische Regimes unter anderen Voraussetzungen, auch ohne unmittelbare Herausforderung von links hervorbringen kann, zumindest lässt sich das angesichts der heutigen Situation befürchten.

Das aber könnte die Menschheit an den Rand einer Katastrophe bringen, aus der es wirklich keinen Ausweg mehr gibt außer einen totalen Krieg.

Auch die russische Führung, wenn sie gewissermaßen mit dem Rücken an die Wand gedrängt und ihr kein anderer Ausweg gelassen werden würde, könnte letztlich einen solchen Krieg auslösen. Nicht weil diese Leute von Natur aus so aggressiv sind und die Welt erobern wollen, sondern weil sie persönlich schlicht keine andere Alternative mehr sehen, als das Schicksal von Saddam Hussein, Muammar al-Gaddafi oder Slobodan Milošević teilen zu müssen. Dasselbe gilt für die oben erwähnten US-Akteure. Und diese werden nicht erst abwarten, sondern die Aktion selbst lostreten, sobald sie irgendwelche Chancen wittern. Ob dieser Reflex auch von bestimmten Kreisen der chinesischen Führung erwartet werden kann, lässt sich schwer beurteilen.

Lenin schrieb übrigens noch während des 1. Weltkrieges, dass für einen Marxisten nicht entscheidend sein sollte, wer angefangen oder wer wen überfallen hat, denn nicht davon hänge der Charakter eines Krieges ab.<sup>9</sup> Dieser sei vielmehr bestimmt durch seine politischen Ziele. Es kann passieren, dass das Opfer einer Aggression selbst angreift, wie paradox das auch scheint, ohne abzuwarten, wann es gefressen wird.

Um das zu durchschauen, bedarf es allerdings einer konzentrierten geistigen und emotionalen Anstrengung.

*G.H.: Mit den jüngsten Nachrichten wurde gerade vermeldet, dass zwischen den Vereinigten Staaten und China Verhandlungen über die Zolltarife beginnen ...*

A.C.: Ja, zuvor hatte es scharfe Warnungen seitens China gegeben, und immerhin hat sich jetzt die Trump-Regierung auf Verhandlungen eingelassen. Es scheint also doch eine Art Abstimmung innerhalb des Dreiecks Moskau-Washington-Peking zu geben, um nicht den Dialog zu behindern, der in diesen Tagen um den 9. Mai herum in Moskau geplant ist. Deswegen wurde auch der serbische Premier Alexander Vučić eingeladen, obwohl ihm angedroht wurde, sein Flugzeug nicht über den EU-NATO-Luftraum fliegen zu lassen. Die serbische Regierung scheint, trotz eines anfänglichen Schlingerkurses des Präsidenten, auch mit Bezug auf Tradition und Verankerung Jugoslawiens in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, doch eine gewisse Selbständigkeit bewahren zu wollen, auch wenn das Land von EU-NATO-Staaten umringt ist und keinen Meereszugang besitzt, auch wenn großer Druck auf den Präsidenten ausgeübt wird. Möglicherweise hat China zu verstehen gegeben, dass eine Abrechnung mit ihm in China sehr negativ aufgenommen werden würde. Man erinnert sich dort noch recht lebhaft, wie die USA 1995 die chinesische Botschaft in Belgrad bombardiert hatten.

*G.H.: Welchen Einfluss hat China auf die Ukraine, auf Selenski?*

A.C.: Ich vermute, unmittelbar herzlich wenig. Aber China könnte womöglich Einfluss nehmen über den Westen, über die USA und die EU. Denn der Europäischen Union ist China, im Unterschied zu Russland, nicht gänzlich egal. Vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, denn normale Beziehungen mit China sind für die EU die einzige Möglichkeit, vor den USA nicht völlig in die Knie zu gehen und wenigstens noch den Schatten einer eigenen Subjektivität zu bewahren. In diesen Tagen wird gerade der 50. Jahrestag der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der EU und China begangen und man spricht wenigstens miteinander.

*G.H.: In welchem Maße werden die diesjährigen Feierlichkeiten zum Tag des Sieges für die gegenwärtige Kriegspropaganda vereinnahmt? Wir sehen überall neben den schwarz-goldenen Georgiew-Bändern, -Schleifen und -Flaggen auch rote Fahnen, das Hammer- und Sichel-Symbol taucht vielerorts in der Stadt auf ...*

A.C.: Nur werden Hammer und Sichel heute längst nicht mehr wahrgenommen als kommunistisches Symbol, höchstens noch von Einzelnen. Für die Mehrheit ist das nur eine Anspielung auf weit zurückliegende Zeiten. Die Sowjetunion wird heute als Staat erinnert, der u.a. im Vaterländischen Krieg siegte, als einstige Supermacht, für die meisten durchaus auch als Quelle positiver Erinnerungen. Doch konnte sich niemand offiziell entschließen, die Sowjetunion nach ihrer Destruktion vollständig zu rehabilitieren, ganz zu schweigen von

---

<sup>9</sup> Vgl. W. I. Lenin, Sozialismus und Krieg, in: Lenin Werke, Bd. 21, S. 301

Sozialismus oder Kommunismus.

Wird allerdings die heutige sowjetische Symbolik in Berlin als pro-russisch verboten, schlägt man dort die Richtung der Nazi-Interpretation ein: Der Sieg über den Faschismus soll nicht mehr anerkannt werden.

Natürlich wird bei uns die Sowjetsymbolik heute bewusst von linken oder nationalpatriotischen Bloggern verwendet, von Regierungsseite aber keinesfalls, nicht einmal, um die Spezialoperation zu legitimieren, wie unterstellt wird. Im Gegenteil, unsere Machthaber versuchen auch hier eine strenge Balance einzuhalten zwischen rechter antikommunistischer und linker pro-sowjetischer Interpretation des Sieges. Sie nehmen weder die eine noch die andere Position ein, sondern sind peinlichst darauf bedacht, den Mittelweg zwischen ihnen nicht zu verlassen. Die Rechten haben ja bekanntlich ihre eigene Tradition des Kampfes gegen ukrainische Nationalisten, noch aus den Zeiten des Bürgerkriegs, als Denikins Weiße Armee, statt sich mit Kolttschak zu vereinen und die Roten zu schlagen, wie ihr Wrangel empfahl, sich zunächst in den Kampf gegen ukrainischen Nationalisten warf, also nicht nur gegen die Roten. Pflegen die Weißen und ihre Erben also ihre eigene Kriegstradition, um gegen die Ukraine für ein einheitliches Russland aufzutreten, so stehen die Roten in einer gegensätzlichen Traditionslinie.

Die heutigen russischen Führer vermeiden tunlichst, die Erinnerung an die eine oder die andere Tradition zu betonen. Auch wenn es uns, die wir mit sowjetischen Werten aufgewachsen sind, widerwärtig scheint, ist diese Haltung vielleicht sogar rational, weil sie ihnen eben eine gewisse politische Stabilität verschafft, die Abwesenheit einer inneren Opposition und innerer Erschütterungen. Darin besteht einer der Faktoren der politischen Stabilität der gegenwärtigen Russischen Föderation im militärischen Konflikt. Wenn man sich in ihre Position hineindenkt, lässt sich das sogar nachvollziehen. Viele machen sich das selbst gewiss nicht bewusst, auch wenn sie keineswegs dumm sind, aber sie sehen einfach keine andere Möglichkeit: Sie können weder die Rechtskonservativen vor den Kopf stoßen („spontan Rechte“ machen heute einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung aus); noch können sie das Privatkapital verprellen, denn dessen Einbindung in das staatskapitalistische System ist ihnen teuer, und sie wissen außerdem, dass sie von links gerade keine ernste Herausforderung zu erwarten haben, während das von rechts durchaus passieren kann. Und so schlingern sie auf neo-bonarpartistischem Wege durch die Situation. Natürlich in einer anderen Epoche, mit einer anderen Basis, als während des ersten oder zweiten französischen Imperiums. Doch innerhalb der Dynamik von Revolution, Konterrevolution und Postrevolution lässt sich das durchaus als Neo-Bonarpartismus bezeichnen.

*G.H.: „Alles für den Sieg“ wird also in diesen Tagen gar nicht besonders akzentuiert: Wenn man sich in Moskau umschaute, so ist dort vom gegenwärtigen Kriegsgeschehen nichts zu spüren.*

A.C.: Auch das ist in der Geschichte völlig beispiellos – nicht mal in den Vereinigten Staaten gab es das, als sie ihre Kriege jenseits der Ozeane führten, stets war das doch im Land zu bemerken. Hier aber – als ob gar nichts geschieht. Genau dieser Eindruck soll auch tunlichst aufrechterhalten werden. Die Ideologie der Stabilität wird hier wohl zum Selbstzweck erhoben, eine andere ideologische oder politische Perspektive gar nicht erst aufgemacht. Die Hoffnungen auf ein Einlenken des Westens jedenfalls erwiesen sich als völlig vergeblich, der Westen tickt anders und scheint seinen ideologischen Stereotypen aufgesessen. Irgendwie scheint man sich auch dort auf einen vergangenen Krieg vorbereiten zu wollen.

*G.H.: Jetzt soll es vielleicht der neue Papst richten?*

A.C.: Ein US-Kardinal, der lange Zeit als Missionar und Bischof in Peru wirkte. Ich sehe diese Entscheidung eindeutig als einen Versuch, auch noch den lateinamerikanischen Katholizismus Washington unterzuordnen. So etwas gab es im Vatikan bisher nicht. Entweder wurden zentristische Figuren aufgestellt, oder im Gegenteil, Anhänger der lateinamerikanischen Souveränität, wie z.B. der verblichene Franziskus.

*G.H.: Aber er soll ja wenigstens sehr bescheiden leben ...*

A.C.: Dazu ist er geradezu verpflichtet. Aber dass er aus Peru kommt, heute einer Art politischer Wüste, seit der Niederschlagung des Terrorkrieges in den 1980er Jahren, beunruhigt mich etwas. Dort gibt es die am meisten besessenen Neoliberalen, dort leben die Indigenen, etwa 50 % der Bevölkerung, unter erbärmlichsten Bedingungen, und ein Mensch mit seiner Biografie, wird, ob er will oder nicht, eine Politik im Geiste Rubios führen, das ist jedenfalls meine Prognose – hoffentlich irre ich mich.

*G.H.: Und deine abschließende Prognose – zum Ausgang der kriegerischen Sackgasse?*

A.C.: Mir scheint, dass die meisten politischen Führer in Kategorien des gestrigen Tages befangen sind. Und das betrifft nicht nur Putin, ich befürchte, selbst Präsident Xi Jinping. Wie die Realitäten des 21. Jh. beschaffen sind, scheint nicht wirklich die Grundlage ihrer Einschätzungen abzugeben. In seinem letzten Diktat („Lieber weniger, aber besser“) hat Lenin folgende Idee vorgebracht, hier sinngemäß formuliert: Der Ausgang des gegenwärtigen weltweiten Kampfes hängt von viel zu vielen Faktoren ab, als das man ihn vorhersagen könnte. Nur eines stehe außer Frage: Russland, Indien, China und ihnen verwandte Länder stellen die absolute Mehrheit der Menschheit dar: In diesem Sinne ist der Ausgang des weltweiten Kampfes vorherbestimmt.<sup>10</sup>

Irgendwie scheint sich in den Zusammenkünften der BRICS-Staaten ein entferntes Echo dieser Idee wiederzufinden. Doch stammt diese aus dem 20. Jahrhundert, aus einer weltumspannenden antiimperialistischen Revolutionsepoche, in der die Hegemonie des transnationalen Kapitals noch nicht endgültig besiegelt war. Kommt diese Initiative zur Schaffung der BRICS im 21. Jh. nicht ein wenig zu spät? Ohne den im 20. Jh. noch revolutionären sozialistischen Macht-Pol und den antiimperialistischen Aufschwung in der übrigen Welt als Basis zu haben, dafür aber die totale Hegemonie des transnationalen Kapitals als Tatsache vor den Augen?

Ich sehe leider zur Zeit keine sozialen Kräfte, die wirklich eine reale fortschrittliche Alternative hervorzubringen imstande wären. Die Arbeiterbewegung ist in einem äußerst labilen, schwachen Zustand; im Massenbewusstsein herrschen spätkapitalistische Stereotype vor, auch bei den am meisten ausgebeuteten Volksmassen.

Im 20. Jh. trug zur Stärke der revolutionären Infragestellung des Imperialismus bei, dass, während bereits erste sozialistische Versuche begonnen hatten, zeitgleich noch bürgerlich-demokratische Revolutionen stattfanden, in denen häufig bereits die Arbeiterschaft in Führung ging. Die weltweite anticoloniale Bewegung nimmt darin natürlich einen besonderen Platz ein. Sie brach mit dem Kolonialsystem, was aber eigentlich noch eine bürgerlich-demokratische Aufgabe darstellte. Seitdem dies gelungen war, und die Interessen

---

<sup>10</sup> Vgl. W. I. Lenin, Lieber weniger, aber besser. In: Lenin Werke, Bd. 33, S. 488

des größten Teils der Menschheit wenigstens an einer relativ freien *bürgerlichen* Entwicklung befriedigt worden waren, können wir eine Stabilisierung des Kapitalismus feststellen, in der Mehrheit der Ländern Asiens, sogar Afrikas in letzter Zeit, des Nahen Ostens. Eine gewisse Ausnahme stellt Lateinamerika dar. Dort war schon zuvor das Entwicklungsniveau des Kapitalismus höher, dort war die Arbeiterbewegung deutlich stärker, dort führten antiimperialistische Kämpfe schon im 19.Jh. zu staatlicher Unabhängigkeit, und dort hielt der revolutionäre Aufschwung noch sehr lange an, mit seinem Höhepunkt, der Kubanischen Revolution. Aber auch dort versiegt allmählich dieser Aufbruch. Ich sehe zur Zeit einfach nirgendwo hinreichend organisierte soziale Kräfte, die fähig wären, Massen zu mobilisieren und etwas Neues einzuleiten.

Wann und wie der Krieg beendet werden kann – ich weiß es nicht. Das lässt sich heute deswegen so schwer analysieren und prognostizieren, weil es kaum objektive Informationen und de facto keinen legalen politischen Kampf mehr gibt. Alles spielt sich hinter den Kulissen ab. Welches wirkliche Kräfteverhältnis sich dahinter verbirgt, kann heute niemand mit Bestimmtheit sagen! Mit der Wirtschaft ist es ähnlich, und es gilt genauso für die internationalen Beziehungen. Unter der unsichtbaren, scheinbar unbeweglichen Oberfläche kann sich etwas zusammenbrauen und plötzlich hervorbrechen, das niemand vorausgesehen hat. Eine höchst beunruhigende, unsichere, instabile Gesamtsituation für die ganze Welt.

*(Das Interview führte und übersetzte Gudrun Havemann)*